



**PAX CHRISTI im Bistum Münster –  
hartnäckig vielfältig aktiv**

<i>Bericht</i>	der SprecherInnengruppe und des Friedensarbeiters Oktober 2011 - September 2012.....	4
<i>Hermann Flothkötter</i>		
<i>Karl.Heimz Lammerich:</i>	Geschäftsführungsbericht 2011/2012 .....	20
<i>Beschlüsse</i>	der Diözesanversammlung .....	28
<i>Eberhard Ockel:</i>	Rückblick auf die Diözesanversammlung von Pax Christi Münster .....	30
<i>Ernst Dertmann:</i>	Den Tod bringen Waffen aus Deutschland .....	35
<i>Veronika Hüning:</i>	Aktion Friedenswanderkerze 2012: Gegen Rüstungs- exporte! .....	49
<i>Gisela Hinricher:</i>	Die Pax Christi Friedenswanderkerze 2012 .....	52
<i>Ferdinand Kerstiens:</i>	Beim Anzünden der Kerze .....	54
<i>Erklärung der Diözesanversammlung</i>	von Pax Christi im Bistum Münster zur Aktion „Um- fairteilen - Reichtum besteuern“ .....	56
<i>Eberhard Ockel:</i>	Bericht über „Eurowaisen“: Verlassene Kinder in der Ukraine .....	58
<i>Eberhard Ockel:</i>	Bericht zur konziliaren Versammlung „Zeichen der Zeit - Hoffnung und Widerstand“ .....	62
<i>SCHLUSSDOKUMENT</i>	DER KONZILIAREN VERSAMMLUNG „Hoffen und Widerstehen!“ .....	74
<i>PAX CHRISTI</i>		
<i>Bistumsstelle Münster:</i>	Fragen an die Parteien (Juli bis Oktober 2012).....	76
<i>Hermann Flothkötter</i>	Buchrezension .....	88
<i>Termine</i>	aktuelle Übersicht.....	90

# IMPRESSUM

## Herausgeber: PAX CHRISTI Bistumsstelle Münster

Breul 23, 48143 Münster, Telefon: 0251/511 420, e-mail: muenster@paxchristi.de

Internet: [www.muenster.paxchristi.de](http://www.muenster.paxchristi.de)

Bankverbindung: Darlehnskasse Münster – Kto.Nr. 3 962 600 – BLZ 400 602 65

Redaktion: Ernst Dertmann, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold, Eberhard Ockel

Layout: Inga vom Rath

Bildnachweis: Privatfotos (Ernst Dertmann, Ralf Heinrichs, Ferdinand Kerstiens,  
Publik Forum)

Druck: Kleyer-Druck, Münster-Roxel

## Liebe Freundinnen und Freunde in und von PAX CHRISTI!

Die dritte Nummer der pc-Korrespondenz eines Jahres ist wie immer vornehmlich den Berichten von der Diözesanversammlung gewidmet.

Dies ist ja der einzige Weg, auf dem die vielen Mitglieder, die nicht zur DV kommen können, umfassend über unsere Arbeit informiert werden. Unsere Website [www.muenster.paxchristi.de](http://www.muenster.paxchristi.de) wird wenig angefragt. Aber dort könnt ihr euch laufend über wichtige Termine und Aktionen informieren.

Im Gottesdienst der DV haben wir auch die Friedenswanderkerze gesegnet und ausgesandt. Gisela Hinricher erklärt die Symbole der Kerze. Auch das Segensgebet ist angefügt, das ihr bei den Veranstaltungen mit der Kerze gebrauchen könnt. Wir wünschen der Kerze viele Wanderstationen. Termine könnt ihr mit Ernst Dertmann absprechen.

Eberhard Ockel berichtet über die Konziliare Versammlung in Frankfurt, an der 28 Mitglieder von Pax Christi aus unserer Diözese teilnahmen!

Die Berichte über die Ukraineveranstaltung im Franz Hitze Haus und über die Rüstungsexporte hängen zusammen mit den Beschlüssen der SprecherInnengruppe, sich an Freiwilligendiensten in der Ukraine zu beteiligen und sich als Schwerpunkt mit den Waffenexporten zu beschäftigen. Bei den Stationen der Friedenswanderkerze wird auch um Unterschriften gegen die Waffenexporte gebeten.

Wir wünschen eine spannende Lektüre, eine segensreiche Weihnachtszeit, einen gelungenen Start ins Neue Jahr 2013 und darin euch an jedem Tag Gutes!

*Ernst Dertmann,  
Ferdinand Kerstiens,  
Stefan Leibold,  
Eberhard Ockel*

## Bericht der SprecherInnengruppe und des Friedensarbeiters

### Oktober 2011 – September 2012

#### Zusammensetzung und Arbeitsweise

Zur Gruppe der SprecherInnen gehören derzeit sieben Personen: Michael Deggerich, Stadtlohn, Michael Finkemeier, Vreden, Hermann Flothkötter, Freckenhorst (Geschäftsführer), Gisela Hinricher, Coesfeld (Ansprechpartnerin unseres Friedensarbeiters und unsere Vertreterin im Diözesankomitee der Katholiken), Veronika Hüning, Gescher (Geistliche Beirätin), Matthias Lauks, Kleve (Sprecher) und Eberhard Ockel, Vechta.

Wir treffen uns zu monatlichen Sitzungen in Münster, Breul 23, gemeinsam mit dem Friedensarbeiter, Ernst Dertmann, und unserem Sekretär, Karl-Heinz Lammerich. An den Sitzungen hat auch Claus Lohscheller teilgenommen, der Erfahrungen sammeln wollte um zu entscheiden, ob er für die SprecherInnengruppe kandidiert.

In der Juni-Sitzung hatten wir Annette Paschke, Franz-Thomas Sonka (Migrantenseelsorge) und Frau Wegmann-Sandkamp (Caritas) zu Gast,



die mit uns Überlegungen zur Zukunft der Flüchtlingstage angestellt haben; s.u.: „Veranstaltungen“.

Für bestimmte Aufgaben haben wir Arbeitsgruppen gebildet, die sich zusätzlich treffen, miteinander beraten und der SprecherInnengruppe zuarbeiten. Zurzeit arbeiten die AGs „Freiwilligendienste“, „Interreligiöser Dialog“, „Roter Faden: Waffenhandel“ und „Zukunftsperspektiven“, zu denen ihr im Folgenden mehr zu lesen bekommt.

#### Der spirituelle „Auftakt“

Auch das Jahr 2012 haben wir mit unserem traditionellen Friedensgottesdienst in der Gastkirche zu Recklinghausen begonnen. Bernhard Lübbering leitete die Eucharistiefeier und hielt auch die Predigt. Das anschließende gesellige Beisammensein im Gasthaus lud zu vielen munter machenden Gesprächen ein.

#### Roter Faden unserer Arbeit

Bei unserem Klausurtag am 18.2. in Marl – im gastfreundlichen Haus von Ferdi Kerstiens und Christel Bußmann – sprachen wir über unsere Zufriedenheit oder Unzufriedenheit mit unserem letzten zweijährigen Schwerpunktthema „Wasser“, diskutierten über die Vor- und Nachteile einer solchen Schwerpunktsetzung und über ihre Umsetzbarkeit. Wir kamen zu dem Entschluss, uns für die nächsten zwei Jahre einen „Roten Faden“ zu wählen, und zwar das Thema Rüstungsexporte / Waffenhandel, zu dem auch die deutsche Sektion von pax christi in einer Kampagne mitwirkt: der „Aktion Aufschrei“. Der „Rote Faden“ soll in unseren Veranstaltungen, Aktionen und Veröffentlichungen auftauchen, aber auch für andere Themen Platz lassen.

Bisherige Aktivitäten:

- Gisela hat auf dem Katholikentag an Straßentheater-Aktionen unter dem Motto: „Legt den Leo an die Kette!“ teilgenommen, die den Verkauf von Leopard-Panzern nach Saudi-Arabien anprangerten.
- Wir haben für eine kleine Vernetzung zwischen pax christi und dem Eine-Welt-Kreis Vreden gesorgt, der vom 23. August bis zum 6.

September eine Ausstellung zum Thema Waffenhandel präsentierte. Veronika hat die Eröffnung mitgestaltet.

- Die Coesfelder Gruppe lud alle Mitglieder im Bistum am 3. September zu einer Informationsveranstaltung mit der Generalsekretärin, Christine Hoffmann, ein, die eine Sprecherin der Kampagne ist.
- Seit Mai 2012 stellen wir VertreterInnen von fünf Parteien in Münster eine sog. „Frage des Monats“ zum Rüstungsexport und veröffentlichen die Antworten im Internet. Inzwischen sind auch die „Piraten“ einbezogen. Zur Bundestagswahl wollen wir eine Auswertung und Stellungnahme vornehmen. Bisherige Antworten findet ihr auf unserer Homepage in der Box „Aktuelles“ sowie auf der Internetseite der Kampagne unter <http://aufschrei-waffenhandel.de/Politischer-Dialog.327.0.html>.

Zur AG „Roter Faden: Waffenhandel“ gehören: Claus, Ernst, Michael Deggerich und Matthias. *Die AG hat viermal getagt.* Sie schlägt vor, Unterschriften für eine „Klarstellung des Grundgesetzes“ zu sammeln, nach der Rüstungsexporte grundsätzlich verboten wären und nicht mehr über das Außenwirtschaftsgesetz genehmigt werden könnten. Auch setzen wir uns für eine parlamentarische Kontrolle aller Ausnahmen statt geheimer Entscheidungen des Bundessicherheitsrates ein.

Außerdem ist eine Friedenswanderkerze gestaltet worden, die alle Veranstaltungen, Demonstrationen und Friedensgebete im Bistum begleiten soll. Wir stellen sie euch bei der Diözesanversammlung vor und werben dafür, sie intensiv zu nutzen!

## Redaktion der PC Korrespondenz

*Die Redaktion wird gebildet von: Ernst Dertmann, Ferdinand Kerstiens, Stefan Leibold und Eberhard Ockel.* Diese vier Personen sind auch abwechselnd für das Vorwort verantwortlich.

Im Berichtszeitraum sind drei Hefte erschienen, und zwar zu den Schwerpunktthemen “Im Aufbruch der Kirche” (Zweites Vatikanisches Konzil), “Der arabische Frühling” und “Der doppelte Bruch” (= *kritische Würdigung des Zweiten Vatikanischen Konzils*).

Als Mitgliederzeitschrift ist die Korrespondenz das wichtigste Informations- und Kommunikationsmedium unserer Bistumsstelle. *Sie hat eine Auflage von 660 Exemplaren.*

Wir erhalten nach wie vor viel Lob für ihre inhaltliche Qualität, die sich auch innerhalb der deutschen Sektion sehen lassen kann.

Verpflichtet fühlen wir uns einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Nähe zu den Mitgliedern und Information über uns alle interessierende Themen, die gerade weltweit oder regional aktuell sind. Die Hefte wollen auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Aktion und Kontemplation spiegeln, wobei es nicht immer gelingt, dass der spirituelle Textteil thematisch mit dem Thementeil des Heftes korrespondiert. Auch gelingt es nicht immer, den Umfang des Heftes auf max. 80 Seiten zu beschränken, weil wir zwar unsere AutorInnen zu Seitendisziplin ermahnen, aber nicht immer Erfolg damit haben. Und von Redaktionsseite rigide zu kürzen oder Beiträge abzulehnen fällt uns schwer, weil wir so womöglich Schreibwillige abschrecken. Wir freuen uns über Zusendungen unserer Mitglieder und rufen nachdrücklich dazu auf, vom Leben der Pax-Christi-Gruppen zu berichten, zu unseren Beiträgen Leserbriefe zu verfassen und ggf. Erinnerungen an besonders hervorstechende Aktionen in den Regionen zu formulieren und uns zu schicken. Wir könnten uns eine Rubrik vorstellen: “Pax-Christi-Biografien im Bistum Münster”. Je mehr uns die Mitglieder schreiben, desto näher rückt der Inhalt der Hefte an die einzelnen Mitglieder heran.

## Freiwilligendienste

Zur AG gehören: Christel Bußmann, Ernst, Gisela, Michael Finkemeier und Veronika.

Die AG hat zweimal getagt. Zunächst wurden Projektvorschläge gesammelt und dazu recherchiert und sondiert: Lettland, Philippinen, Polen, Ukraine. Ausführlich wurden die realistischen Projektideen auf den Philippinen und in der Ukraine diskutiert.

Die Mehrheit in der SprecherInnengruppe befürwortete eine Kooperation mit der Bistumsstelle Aachen in Kiew, Ukraine. Die Aachener

Freiwilligen wirken in einem Kinderheim mit, dem Zentrum „Our Kids“ für Kinder in Not. Sie sollen die sog. Sozialeltern und die Sozialpädagoginnen unterstützen und die Kinder mit betreuen (Hausaufgabenhilfe, Freizeitgestaltung).

Für ein Ukraine-Projekt spricht:

- reizvolle Pionierarbeit;
- Einsatzort leicht über Land (Bahn und Bus) zu erreichen, also auch Besuche aus der Heimat der Diensttuenden leicht möglich und vor allem erschwinglich;
- Reisekosten für die Freiwilligen niedriger;
- Schwelle für uns niedriger wegen der Unterstützung durch die Bistumsstelle Aachen;
- Zuschüsse von Weihbischof Zekorn nicht unwahrscheinlich.

Zu den Aufgaben, die wir uns teilen müssten, gehören: Gewinnung eines geeigneten Projektpartners in der Ukraine, regelmäßige Kontakte mit den Freiwilligen und den Projektpartnern vor Ort, Abstimmung mit den Kooperationspartnern hier, Hilfe beim Aufbau eines (finanziellen) Unterstützerkreises, Projektbesuche und Organisatorisches.

Über Mitarbeit, Ideen und Sponsoring aus euren Reihen würden wir uns sehr freuen!

### Politischer Dialog

Auf Initiative von Veronika begannen wir nach einer Veranstaltung im Franz-Hitze-Haus zum Thema „Klimakriege“ einen politischen Dialog mit dem Arbeitskreis Außen-, Sicherheitspolitik und Europa der CDU Münster. Fünf seiner Mitglieder trafen sich am 1. März mit vier Vertretern unserer Bistumsstelle in der KSHG und diskutierten lebhaft über den erweiterten Sicherheitsbegriff und das Konzept „Responsibility to protect“.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Flüchtlingsproblematik und die Frage nach der Einhaltung der Menschenrechte bei der Kontrolle der EU-Außengrenzen. Ein intensiver Email-Wechsel schloss sich an, bei

dem Informationen, Fragen und Argumente ausgetauscht wurden und der noch nicht abgeschlossen ist.

Unsere Bilanz dieses Dialogs ist gemischt. Einerseits freuen wir uns über die Gesprächsbereitschaft der CDU-Mitglieder, die ernsthafte Auseinandersetzung und die Chance unsere Position darzustellen. Andererseits können wir mit unseren ethischen Prinzipien die sehr juristisch denkenden Männer in der CDU nur begrenzt erreichen und finden die notwendige Faktensuche in so vielen Einzelfällen und den Details sehr zeitaufwändig und Energie raubend. Wer hier noch mit einsteigen möchte, ist herzlich willkommen!

Um den politischen Dialog auf weitere Parteien auszuweiten, haben wir die Aktion „Frage des Monats“ ins Leben gerufen, passend zu unserem „Roten Faden“ (siehe oben).



### Verbindung zum Diözesankomitee

Als Vertreterin von Pax Christi im Bistum Münster nahm Gisela an den Vollversammlungen des Diözesankomitees der Katholiken im Bistum Münster teil. Sie berichtete der Sprechergruppe davon und vermittelte die

Mitarbeit am Dialogprozess und am Diözesanpastoralplan. Neben diesen stark binnenkirchlich geprägten Themen standen im Diözesankomitee regelmäßig gesellschafts- und sozialpolitische Themen auf dem Plan, wie z.B. Leiharbeit, Fracking, Atomtransporte von Jülich nach Ahaus, Kehrtwende in der Energiepolitik und Waffenhandel. Dazu arbeiteten kontinuierlich mehrere Sachausschüsse.

Pax Christi war durch Theo Hinricher im „Sachausschuss Weltkirche“ vertreten, der achtmal in einem Jahr tagte. Mit dem Pax-Christi-Mitglied Uli Jost-Blome konnte er bewirken, dass das Diözesankomitee der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ beitrug.

Über Gisela als Kontaktperson zu Theo wurde die Sprechergruppe regelmäßig über die Sitzungen des Sachausschusses informiert.

### **Abrahamsfest in Münster?**

Zu der AG „Interreligiöser Dialog“ gehören: Ernst, Michael Finkemeier und (korrespondierend) Eberhard und Veronika.

Die Intensivierung des interreligiösen Dialogs in Münster und die Gestaltung eines „Abrahamsfestes“ ähnlich wie in Marl scheint uns vor zu große Herausforderungen zu stellen.

Ernst und Veronika lernten im Mai 2012 die regelmäßige Veranstaltung „Abrahams Zelt“ in der Evangelischen Studierenden Gemeinde kennen. Christen, Muslime und Juden kommen an den Abenden zu unterschiedlichen Themen, die alle Religionen betreffen, miteinander ins Gespräch. Sehr förderlich sind dabei der hierarchiefreie Raum und die angenehme Moderation durch die Pfarrerin Gudrun Laqueur. Wir können uns in Zukunft eine Kooperation bei diesen Veranstaltungen vorstellen.

### **Zukunftsperspektiven – Pax Christi nach vorne bringen!**

Im vergangenen Jahr machten wir uns viele Gedanken um die Zukunft von Pax Christi.

In einer kleinen AG, zu der Hermann, Matthias und Karl-Heinz gehören, haben wir uns gefragt, wie wir unsere Friedensarbeit öffentlich besser darstellen können. Dabei mussten wir zuerst überlegen, was Pax Christi im Bistum Münster überhaupt ausmacht.

„Corporate Identity“ und „Corporate Design“ sind in aller Munde. Auch in Pax Christi müssen wir uns Gedanken machen um unsere Außendarstellung. Allein schon, um von möglichen Interessenten wahrgenommen zu werden.

Wir haben in der AG Überlegungen zu unserem Image angestellt sowie überlegt, ob eine Werbekampagne sinnvoll sein kann. Wenn ja, wie diese aussehen könnte.

Gerne hätten wir an einem Projekt von Fachhochschulen teilgenommen, die Empfehlungen zur Verbesserung unserer Öffentlichkeitsarbeit erstellt hätten; leider wurde unsere Organisation jedoch von keinem der Studierenden ausgewählt.

Auf Bundesebene wurde derweil an einem neuen Design gearbeitet, das in der SprecherInnengruppe auf ein geteiltes Echo stieß.

Bei einer Sondersitzung am 29. August führten wir schließlich einen Workshop durch, den Hermann moderierte. Wir trugen unsere Eindrücke und Einschätzungen zu sechs Fragen zusammen:

- Was ist Pax Christi für mich?
- Welche Schwerpunkte hat Pax Christi im Bistum Münster?
- Wo liegen unsere Stärken, unser Profil?
- Welche Schwächen, Defizite sehen wir?
- Welche Zielgruppen soll unsere Arbeit haben?
- Welche Umsetzungsmöglichkeiten (kurz-, mittel- und längerfristig) sehen wir für Verbesserungsideen?

Mit den Ergebnissen wollen wir weiterarbeiten, wobei zunächst die Verbesserung unserer Medienarbeit – zu den Arbeitsbereichen ‚Rüstungsexporte‘ und ‚Freiwilligendienste‘ – im Vordergrund stehen soll. Wir sind auf der Suche nach fachkundigen (nicht teuren!) Beratern.

## Ökumenisches Friedensgebet

Als wir von Ferdi erfuhren, dass Gregorios III., der Patriarch der melkitisch-griechisch-katholischen Kirche im Herbst 2012 nach Deutschland kommt, überlegten wir, ob er der Prediger unseres Politischen Nachtgebets im November sein könne. Wir entschieden uns dann für eine Alternative:

- Gregorios wird am 10. November nachmittags mit Interessierten aus pax christi in der KSHG Münster über die politische, gesellschaftliche und religiöse Situation im Nahen und Mittleren Osten sprechen.
- Am Abend, 19 Uhr, wird er ein Ökumenisches Friedensgebet in der Petrikerkirche halten. Dazu haben wir mit Kooperationspartnern (KSHG, ESG, ACK Münster) eine Vorbereitungsgruppe gebildet, die sich um die Gestaltung und die Einladungen kümmert.

Wir bitten euch um intensive Werbung!

## Gegen Nazis

Mehrere von uns haben an den Gegendemonstrationen zum Nazi-Aufmarsch in Münster am 3. März teilgenommen. In der PC Korrespondenz wurde darüber berichtet.

Ernst und Veronika haben in Bocholt die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen in NRW“ besucht. Es würde sich lohnen, sie auch in Münster zu zeigen.

Wir befürworten den Aufbau eines Netzwerkes in Münster, das bei Nazi-Aktivitäten kurzfristig mobilisieren kann. Außerdem schlagen wir ein Training in gewaltfreier Aktion vor. Vielleicht sind auf diesem Weg junge MitstreiterInnen zu gewinnen.

## Gorleben 365

Ein großer Teil unserer Mitglieder ist in der Anti-Atombewegung aktiv. Deshalb hat Veronika die Idee verfolgt, engagierte Personen unseres Bistums und rund um das geplante Atommüll-Lager Gorleben zur Be-

teiligung an der Kampagne „Gorleben 365“ zu gewinnen. Mindestens bis August 2012 sollen an möglichst vielen Tagen Blockaden der Zufahrtswege zum sog. Erkundungsbergwerk und verschiedenste kreative Aktionen stattfinden.

Wir planten ein „Politisches Mittagsgebet zur Bewahrung der Schöpfung“ am 23. Juni und unternahmen entsprechende organisatorische Anstrengungen. Doch den Termin mussten wir schließlich aus dem Kampagnenkalender wieder streichen lassen, weil sich nur drei Personen zum Mitmachen bereit fanden.

Beim Gorlebener Gebet am darauf folgenden Sonntag (24.6.) waren fünf Pax-Christi-Mitglieder vertreten: Veronika, drei aus Braunschweig und Christine Böckmann aus Magdeburg.

## Bistumsstellentreffen 2012

In diesem Jahr nahm Veronika als Einzige aus der Bistumsstelle an dem Treffen teil. Sie moderierte die Gruppe „Erinnerung und Versöhnung“. Ziel des Treffens war es, durch konkrete Vereinbarungen die Kooperation zwischen den Bistumsstellen zu verbessern. Die Ergebnisse können im Internet eingesehen werden, und zwar unter der Adresse: <https://sites.google.com/site/bistumsstellentreffen2012/>

Unsere Bistumsstelle stellt ihre Kontakte in Nachbarländer dar und bietet Führungen an Gedenkorten an. Wenn ihr dabei mitmischen wollt, meldet euch bitte bei Veronika: [Huenig53@aol.com](mailto:Huenig53@aol.com)

Im Nachgang zum Bistumsstellentreffen haben wir uns entschieden, die Vertretung durch Karen Siebert (Aachen) im Netzwerk Friedensbildung NRW finanziell zu unterstützen.

## Friedensbildung an Schulen

Mit dem Kompetenzteam für die Lehrerfortbildung im Kreis Borken sind wir eine Kooperation eingegangen. Wir bieten nun offiziell Fortbildungsveranstaltungen für Fachgruppen und Schulleitungen an. Das Münsteraner Kompetenzteam hatte einen „Bedarf“ verneint.

Ein Angebot von uns zu einer Lehrer-Fortbildung zum Friedensthema (im Juni) fand vom Kompetenzteam Borken eine Absage der Fortbildung, da keine Anmeldung dazu vorlag. Zum angegebenen Termin erschienen aber zwei Personen in der St.-Anna-Realschule (Stadtlohn), die nun Interesse an einer schulinternen Veranstaltung mit Ernst bekundeten.

Auch haben wir Kooperationsangebote an die Schulabteilung des Bistums Münster gerichtet. Dabei wirken auf Anfrage Ernst, Hermann und/oder Veronika mit.

Die Hauptabteilung Schule und Erziehung im Generalvikariat teilte mit, dass sie unser Angebot an die Abteilungsleiter, Referenten der Abteilung Religionspädagogik und Bezirksbeauftragte für Kath. Religionsunterricht im Bistum weitergegeben hat.

Die Schulbesuche und Unterrichtsgestaltungen von mir, Ernst, waren wiederum sehr zahlreich (Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Berufsbildende Schulen). Dabei wurde stets die Arbeit von PAX CHRISTI als internationale katholische Friedensbewegung vorgestellt und in ein von der Schule gewünschtes Thema eingebunden: Friedensarbeit konkret, Bergpredigt und christliche Friedensethik, Zweites Vatikanisches Konzil, Erinnerungs- und Versöhnungsarbeit, Bewahrung der Schöpfung, Friedensvisionen etc.

## Politische Nachtgebete

Das dreizehnte Politische Nachtgebet am 18. November 2011 fand ein sehr positives Echo. Thema: „Ich schließe für sie an jenem Tag mit den Tieren des Feldes, den Vögeln des Himmels und dem Gewürm des Erdbodens einen Bund. Bogen und Schwert und Krieg breche ich weg aus dem Land und lasse sie in Sicherheit wohnen.“ (Hosea 2,20)

Der Prediger war Rainer Hagencord, der Leiter des Institutes für Zoologie und Theologie und Erfinder dieser einmaligen Einrichtung.

Unser 14. Politische Nachtgebet mit Hermann Steinkamp war am 30. März 2012 sehr gut besucht. „Das Wirkliche tapfer ergreifen (Bonhoeffer) – Frieden erklären“ – so das Thema.

In diesem Nachtgebet wurde Bischof Friedrich Ostermann die Urkunde seiner Ehrenmitgliedschaft in PAX CHRISTI im Bistum Münster überreicht. Und das war von großem Beifall begleitet. Ostermann hat sich sehr gefreut und ist mit uns noch im Anschluss einen trinken gegangen. Ostermann war auch sehr angetan von unserem Politischen Nachtgebet: „Selten habe ich so eine spirituelle Feier erlebt und auf einem so hohen Niveau.“ Lediglich die „Westfälischen Nachrichten“ hatten einen Berichtersteller entsandt und haben auch einen kurzen Artikel veröffentlicht. Am tapfersten hat wiederum „K+L“ geschwiegen. Das ist überhaupt nicht cool.

Das nächste Politische Nachtgebet wird mit Liedern und Texten von Huub Oosterhuis und ohne Predigt gestaltet. Ernst hat es in Kooperation mit Kees Kok, Amsterdam, und einem Osnabrücker Chor vorbereitet, der auf Oosterhuis-Lieder spezialisiert ist.

## Briefaktionen/Pressearbeit

Bedankt hat sich die Deutsche Bischofskonferenz für unsere **Wasserinitiative**. Kardinal Marx ließ antworten und lässt grüßen.

Die Briefe in Sachen neues „**Gotteslob**“ und die Lieder von Huub Oosterhuis sind an alle Bischöfe des Bistums verschickt worden. Darüber hinaus an die Deutsche Bischofskonferenz. Die Antwort von Bischof Hofmann (Würzburg), Vorsitzender der Liturgiekommission, enthielt sehr allgemeine Aussagen. Die münsterschen Bischöfe haben sich für unsere Initiative bedankt und mitgeteilt, dass alle Bischöfe den Inhalt unserer Eingabe unterstützen.

Der Beschluss der SprecherInnengruppe zur Entschärfung der Irankrise (Win-Win-Situation für Israel und den Iran schaffen) ist an die Medien und an unser Sekretariat in Berlin gegangen. Ich, Ernst, habe nur gesehen, dass der Pressedienst des Bistums darüber berichtet hat.

Der für das Kreisdekanat Borken zuständige Redakteur von Kirche+Leben führte mit Veronika ein längeres Interview und veröffentlichte dazu einen – nur mit kleinen Mängeln behafteten – Artikel mit Foto in der Ausgabe vom 1. Juli.

## Regionale Studientage

Der Studientag der Region östliches Münsterland am 21. Januar 2012 mit Prof. Hermann Steinkamp in Freckenhorst fand 31 Teilnehmende zum Thema: „...sind auch Freude und Hoffnung der Jünger Christi“ (Gaudium et spes 1) – Mit-Betroffenheit und Compassion – Fermente christlicher Praxis?“ Spannende und anregende Diskussionen!

Der Studientag für die Region westliches Münsterland/nördliches Ruhrgebiet am 21. April 2012 in Stadtlohn mit Prof. Hermann Steinkamp war inhaltlich äußerst anregend und sehr gut. Thema: „Friedensaussagen in der Konzilserklärung Gaudium et spes“. Es hatten sich 17 Teilnehmende fest angemeldet, wir waren am Ende 14 Teilnehmende plus Hermann Steinkamp. Es war ein rundum sehr gelungener Studientag in guter und arbeitsamer Atmosphäre.

Das Jubiläumsjahr zum Zweiten Vatikanischen Konzil war und ist in unserer Bistumsstelle für viele ein wichtiges Thema. Zu allen Veranstaltungen (z.B. 2-mal Freckenhorst, Stadtlohn, Kleve) kamen jeweils über 30 Leute, mehr als zu unserer Diözesanversammlung.

## Veranstaltungen

Die **Gedenkfeier zum 27. Januar** (Gedenktag der Befreiung des KZ Auschwitz) im Vredener Rathaus war gut. Der Große Sitzungssaal war gefüllt. Winni Nachtwei hat in den vereinbarten 45 Minuten zu „70 Jahre Judendeportationen nach Riga“ vorgetragen. Zwei Schülerinnen haben ausgezeichnet musiziert und gesungen. Der Vredener Madrigalchor hat sich wie alle zwei Jahre eingebracht. Die Moderation lag beim Friedensarbeiter. Wie immer hatten zu dieser Gedenkfeier eingeladen: PAX CHRISTI im Bistum Münster, die Stadt Vreden, das Vredener Gymnasium, die Pfarrgemeinde St. Georg.

Am 3. November 2011 waren die Teilnehmenden mit dem Thema „Der Klimawandel als Sicherheitsbedrohung - realistische Einschätzung oder Panikmache?“ im Franz-Hitze-Haus konfrontiert. In Kooperation mit dem **Franz Hitze-Haus** hatten wir dazu eingeladen. Als Referentin konnte Sonja Vieten von der Universität Wuppertal gewonnen werden.

Für das zweite Halbjahr 2012 waren vier Themenvorschläge an das Franz-Hitze-Haus gegangen. Herr Meyer vom FHH hat sich für das Thema „Die Kuba-Krise 1962: Die Welt am Abgrund. Vorgeschichte und Verlauf des Höhepunkts des Kalten Kriegs“ entschieden. Die Forumsveranstaltung wird am 4. Oktober stattfinden und auch auf die Frage eingehen, welche Konsequenzen die Krise hatte und hat.

Die **Mahnwache „Ein Jahr nach Fukushima“** in Ahaus am 18. März 2012 war sehr schlecht besucht: Es wurden 47 Anwesende gezählt, die bei sehr kaltem, heftigem Wind ausharrten. Möglicherweise lag es auch daran, dass zwei Tage vorher in den Lokalzeitungen zu lesen war, dass die Castortransporte nach Ahaus vorerst auf 2016 ff verschoben wurden. Manfred Laumann hat für PAX CHRISTI den Text unseres seinerzeitigen Thesenanschlages vorgetragen. Ganze 4 Leute von PAX CHRISTI waren dabei. Das ist mehr als mager.

Der **Flüchtlingstag** am 24. Februar 2012 (PAX CHRISTI, Diözesan-caritasverband, Generalvikariat) kannte mit Michael Ramminger vom Institut für Theologie und Politik (Münster) einen fundierten und sehr guten Referenten.

Thema: „Die Katholische Kirche und die Flüchtlingsfrage“. Das II. Vatikanische Konzil (1962-65) hat mit Papst Johannes XXIII. und Papst Paul VI. einen Perspektivenwechsel in den Fragen der Menschenrechte und damit auch der Flüchtlinge vorgenommen.

Fragestellungen des Vortrags: Was sagen die Dokumente aus? Welche Relevanz hatten die Aussagen in den Dokumenten für die Folgezeit? Welche konkreten Schritte folgten? Was hat sich in den Aussagen der katholischen Kirche zu Menschenrechts- und Flüchtlingsfragen verändert? Vor dem Hintergrund der Aussagen des Konzils und der daraus resultierenden Dokumente: Welche Konsequenzen, Handlungsweisen und Aufgaben ergeben sich für uns als Christinnen und Christen heute in Deutschland und Europa?

Organisatorisch sah es so aus: Es hatten sich 14 Leute angemeldet, es waren 31 Teilnehmende da und dementsprechend wenig waren die Brötchen.

## Treffen der Friedensarbeiter

Vom 18. bis 19. April nahm Ernst in Fulda am Treffen der Friedensarbeiter aus allen Bistumsstellen teil. Die Ideen der Friedensarbeiter werden in die AG PAX CHRISTI 2017 einfließen.

Das Projekt „Jugendforum“ auf Sektionsebene ist gescheitert. Es kamen keine Vorschläge und Gedanken mehr. Von allen Friedensarbeitern ist unsere Bistumsstelle die einzige mit regelmäßigen Besuchen und Unterrichtsangeboten in Schulen.

Freiburg und Osnabrück stellen ihre Mitgliederzeitschriften ein oder reduzieren deren Erscheinen erheblich.

Es soll ab jetzt zweimal jährlich ein zweitägiges Treffen der Friedensarbeiter geben. Unsere Generalsekretärin Christine hält das für PAX CHRISTI für unerlässlich. Das nächste Treffen ist im Dezember 2012.

## Deutsch-polnisches Jugendtreffen

Das zweite deutsch-polnische Jugendtreffen (diesmal in unserem Bistum) musste leider abgesagt werden. Nach sehr langem Suchen einer Bildungsstätte in unserem Bistum (die meisten sind über ein Jahr vorher ausgebucht oder werden in der Sommerzeit renoviert) zeigte sich letztendlich mangelndes Interesse der Teilnehmenden, die in Polen dabei waren: Nur die Hälfte der jungen Deutschen meldete sich an. Das sah beim Nachtreffen am 3. Oktober (also in zeitlicher Nähe zu dem ersten Treffen in Polen) ganz anders aus: Alle wollten wieder dabei sein.

## Sonstige Aktivitäten

Ausgehend von unserem Studientag zum Thema „Wasser“, auf dem unser Mitglied Karl-Heinz Wrocklage sein Projekt Wasser für den Nahen Osten vorstellte, war unser Friedensarbeiter Ernst mit Karl-Heinz Wrocklage in Neuwied, im Hause der Organisation Eirene. Dort hatten wir ein ausführliches Gespräch mit Iris Bildhauer (Mitglied der Nahostkommission) zum Projekt „Wasser im Nahen Osten“. Karl-Heinz hat sein Projekt gut und schlüssig vorgestellt. Iris will das Projekt der Nahostkommission vorstellen und auch ein Gespräch darüber in der israelischen Botschaft

vorschlagen. Es war unsererseits zu recherchieren, ob es Überlegungen im Nahen Osten in dieser Frage gibt. Und siehe da: Seit 2007 gibt es einen Vertrag zwischen Israel, Jordanien und der palästinensischen Autonomiebehörde über einen Kanal, „Friedenskanal“ genannt, unterstützt von der Weltbank, der im Wesentlichen die Vorschläge von Karl-Heinz Wrocklage enthält.

Für den Johannes XXIII.-Preis 2013 gibt es sieben Vorschläge, die wir dem Beirat unterbreiten konnten. Der Beirat entscheidet nun im Dezember über den neuen Preistragenden und ist dabei frei in seiner Auswahl. Er kann die bisherigen Vorschläge auch erweitern.

Nach sehr, sehr langwierigen Versuchen zeigt sich unser Internet-Auftritt nun mit einer neuen und zusätzlichen Box. Wir sind im Gespräch mit einem Studenten, der uns weitere Vorschläge zur Verbesserung unserer Homepage unterbreitet hat.

Anfang des Jahres erschienen die 3 DVDs über den Konzilspapst Johannes XXIII: Papst Johannes XXIII. – der christliche Papst / Papst Johannes XXIII. – neuer Wein in neue Schläuche – Papst Johannes XXIII. – das neue kirchliche Betriebssystem VATICANUM 2.0, an denen Ernst, unser Friedensarbeiter mitgewirkt hat und die immer auch Werbung für PAX CHRISTI sind.

## Fahrten

Gemeinsame Fahrten sind für unsere Bewegung sehr wichtig. Sie führen neue Leute zu uns und stärken unsere Bewegung. Deshalb sind zwei Fahrtunternehmen in der Vorbereitung und warten auf zahlreiche Anmeldungen:

- Fahrt nach Köln am 3. Oktober 2012 auf den Spuren von Johannes XXIII. und vor allem Edith Stein und
- Fahrt auf den Spuren des Reformators Martin Luther vom 1. April – 5. April 2013 nach Eisenach, Erfurt, Torgau, Eisleben und Wittenberg.

Münster, September 2012

*Die SprecherInnen und Sprecher  
Der Friedensarbeiter*

Hermann Flothkötter / Karl-Heinz Lammerich

## Geschäftsführungsbericht 2011/2012

Liebe Freundinnen und Freunde in der Pax Christi-Bewegung,

in unserem Bericht möchten wir kurz auf relevante und interessante Sachverhalte und Entwicklungen hinweisen:



### Mitglieder

Die Zahl unserer Mitglieder ging leicht, wie im Vorjahr um zwei, zurück. Nach wie vor wird Pax Christi im Bistum Münster damit von 489 Mitgliedern getragen.

### Friedensarbeiter-Projekt

Dank der engagierten Spenden vieler unserer Mitglieder, Freundinnen und Freunde ist die Finanzierung des Friedensarbeiterprojektes für dessen gesamte Laufzeit bis zum 28.02.2014 gesichert.

### Das Büro

Im Breul 23 ist im Erdgeschoss im Raum 108 das Büro unseres Friedensarbeiters. Es lädt ein zu Besprechungen und zu umfassenden Informationen zur Pax Christi. Hier finden Interessierte vielfältige Materialien zur Friedensarbeit. Im ersten Obergeschoss im Raum 214 ist das Büro der Geschäftsführung und des Sekretärs. Hier werden die geschäftlichen Angelegenheiten erledigt einschließlich der Mitgliederverwaltung, der Erstellung von Bescheinigungen, der Unterstützung von Gruppen in Fragen der Finanzierung / Bezuschussung und etliches mehr. Zur Zeit prüfen wir, ob wir uns unter finanziellen Gesichtspunkten an dem Projekt Verbändehaus beteiligen können.

Die Stromversorgung in unserem jetzigen Bürotrakt wird auf ein Angebot der Stadtwerke Münster umgestellt, in dem diese zusichern, dass hiermit kein Atomstrom mitfinanziert wird. Die Gewinne aus dieser Versorgungsleistung werden jedoch nicht ausschließlich in den Aufbau erneuerbarer Energieerzeugung investiert. Gleichwohl begrüßen wir dieses Ergebnis, das Frau Kleingräber (kfd) erreichen konnte, als einen Schritt des BGV in die richtige Richtung.

### Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Die „Pax Christi Korrespondenz“ ist ein zentrales internes und externes Medium der Kommunikation von Pax Christi im Bistum und darüber hinaus. Sie erreicht die Mitglieder und viele an unserer Arbeit Interessierte, auch Mitwirkende in weiteren Bewegungen und Initiativen. Sie dient gleichzeitig der Außendarstellung unserer Friedensarbeit. Es erscheinen derzeit jährlich drei Ausgaben.

Im Internet sind wir mit unserer Homepage ([www.muenster.paxchristi.de](http://www.muenster.paxchristi.de)) präsent. Wer die aktuellsten Hinweise auf Veranstaltungen unserer Friedensarbeit sucht, findet sie hier unter „Termine“.

Derzeit arbeiten wir an einem Konzept zur Verbesserung der Darstellung und Kommunikation dessen, was Pax Christi wesentlich ist und (be)wirken soll (vgl. dazu Bericht der SprecherInnengruppe „Zukunftsperspektiven – Pax Christi nach vorne bringen!“).

## Die Finanzsituation der Pax Christi im Bistum Münster

Auch der Jahreshaushalt 2011 ist dank konsequenter Ausgabendisziplin und der Nutzung von Einsparungsmöglichkeiten ausgeglichen. Ausführlich ist der Haushaltsplan 2012 auf der Mitgliederversammlung des Fördervereins vorgestellt und einstimmig genehmigt worden. Auf der Diözesanversammlung 2012 wurde der Jahresabschluss 2011 eingehend erläutert und besprochen. Die Kassenprüfung durch Michael Peters ergab keine Beanstandungen. Sowohl im Förderverein als auch auf der Diözesanversammlung wurde die Entlastung einstimmig erteilt.

An dieser Stelle möchten wir Michael Peters für diese Prüfung und für wertvolle Hinweise danken.

Nur eine ausgeglichene Haushaltsführung sichert uns die Grundlage der Arbeit von Pax Christi im Bistum Münster für die Zukunft. Um das zu erreichen, bleiben wir nach wie vor neben unseren Mitgliedsbeiträgen auf erhebliche Spendenzuweisungen von Euch angewiesen.



## Antrag 1

### Abzug der US-Atombomben aus Deutschland

eingebracht von Ernst Dertmann

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

*„Das Präsidium der deutschen Sektion von Pax Christi wendet sich mit einem Schreiben folgenden Inhalts an die Bundesregierung:*

*Die deutsche Sektion von Pax Christi verurteilt die Kehrtwende in der deutschen Abrüstungspolitik.*

*Wir missbilligen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung (CDU/FDP) sich von einem ihrer behaupteten wichtigsten außenpolitischen Ziele verabschiedet hat: dem endlichen Abzug der US-Atombomben aus Deutschland.*

*Wir missbilligen, dass diese Massenvernichtungsmittel modernisiert werden und in Deutschland bleiben sollen.*

*Wir missbilligen, dass zudem die Bundeswehr etwa 250 Millionen Euro ausgeben will, um ihre Tornado-Kampfflugzeuge, von denen die US-Atombomben im Kriegsfall abgeworfen werden sollen, noch bis mindestens zum Jahre 2024 einsatzfähig zu halten.“*

#### **Begründung:**

Wir müssen der CDU/FDP-Regierung deutlich machen, dass sie weder im Sinne der BürgerInnen noch im Interesse des deutschen Volkes handelt.

Diese Entscheidungen sind eine große Niederlage für die NATO. Die meisten Mitgliedsstaaten glaubten, sie bräuchten die Massenvernichtungsmittel, um die USA auch in Zukunft an Europa zu binden. Deshalb

haben sie beschlossen, an militärisch völlig sinnlosen und dazu noch sehr teuren Sprengkörpern festzuhalten. Seit dem Ende des Warschauer Paktes gibt es in Europa keinen Feind mehr, den man mit Massenvernichtungsmitteln aus der Luft bekämpfen könnte. Und für weiter entfernte Ziele eignen sich die uralten Tornados, die die Bomben an ihr Ziel tragen sollen, ohnehin nicht.

**Beschluss der Diözesanversammlung der Bistumsstelle Münster am 29.9. 2012; Abstimmungsergebnis: EINSTIMMIG**

## Antrag 2

### Militärisches Zeremoniell bei Staatsbesuchen

eingbracht von Ernst Dertmann

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

*“Das Präsidium wendet sich mit einem Schreiben folgenden Inhalts an den deutschen Bundespräsidenten:*

*Die deutsche Sektion von Pax Christi unterstützt den Vorschlag des Internationalen Versöhnungsbundes, bei Staatsbesuchen das militärische Zeremoniell abzuschaffen. Stattdessen sollte den Staatsgästen ein eindeutiges Friedenszeichen zur Begrüßung entgegengebracht werden.”*

#### **Begründung:**

Wir brauchen Zeichen und Gesten des Friedens und der Versöhnung und kein militärisches Gepränge vergangener Zeiten.

Dies gilt gerade in einem Land, von dem die beiden großen Weltkriege ausgegangen sind.

**Beschluss der Diözesanversammlung der Bistumsstelle Münster am 29.9. 2012; Abstimmungsergebnis: EINSTIMMIG bei einer Enthaltung**

## Antrag 3

### Ausschluss von Vertretern der Rüstungsindustrie bei Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern

eingbracht von Ernst Dertmann

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

*“Im Rahmen der Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel“ drängt das Präsidium der deutschen Sektion von Pax Christi die Bundesregierung, dass bei Besuchen der Bundeskanzlerin und der Bundesminister im Ausland keinerlei Vertreter der Rüstungsindustrie mehr mitreisen.”*

#### **Begründung:**

Es darf nicht sein, dass bei Besuchen im Ausland, die der Freundschaft und der Knüpfung weltweiter gutnachbarlicher Beziehungen dienen, Geschäftsleute mitreisen, für die auch weiterhin „der Tod ein Meister aus Deutschland“ (Paul Celan) sein soll.

**Beschluss der Diözesanversammlung der Bistumsstelle Münster am 29.9. 2012; Abstimmungsergebnis: EINSTIMMIG**

## Antrag 4

**Projekt Friedenskanal**

eingetragen von Ernst Dertmann

Die Delegiertenversammlung möge beschließen:

*“Das Präsidium der deutschen Sektion von Pax Christi drängt die Bundesregierung, vermehrt – auch im Verbund mit anderen EU-Staaten – darauf hinzuwirken, dass das 2005 zwischen Israel, Jordanien und der Palästinensischen Autonomiebehörde beschlossene Projekt „Friedenskanal“ vorangetrieben wird – mit dem Ziel, eine Wasserversorgung für alle Unterzeichner sicher zu stellen.*

*Das Präsidium drängt die Bundestagsabgeordneten, in diesem Sinne Einfluss auf die Bundesregierung zu nehmen.”*

**Begründung:**

Es ist unbedingt notwendig, für das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Wasser auch im Nahen Osten einzutreten, wo die Palästinenser nach wie vor benachteiligt und bedroht sind.

Die Weltbank hatte bereits ihre Unterstützung dieses überlebenswichtigen Projektes deutlich gemacht.

Initiativen aus der Basis von Pax Christi, hier vor allem von Karl-Heinz Wrocklage aus Mettingen, sollten weiterverfolgt werden und z.B. zu Gesprächen mit der israelischen Botschaft führen, wie es beim Treffen zwischen der Bistumsstelle Münster und der Nahostkommission besprochen wurde.

**Zur Erklärung:**

Der „Friedenskanal“ ist ein vorgeschlagenes Projekt zur Errichtung eines Kanals entweder vom Mittelmeer oder vom Roten Meer zum Toten

Meer. Es soll einerseits durch das inzwischen mehr als 400 Meter große Gefälle zwischen den Meeren zur Stromgewinnung genutzt werden und andererseits das Absinken des Wasserpegels des Toten Meeres, derzeit etwa ein Meter pro Jahr, stoppen.

Es wurden verschiedene Trassen vorgeschlagen, eine davon war vom Mittelmeer über den Gazastreifen zum Toten Meer. Jedoch wurde die Idee zu diesem Zeitpunkt wegen finanzieller Bedenken nicht verwirklicht. In den 1990er Jahren wurde die Idee erneut aufgegriffen. Zusätzlich zur Trasse über den Gazastreifen wurden zwei weitere Alternativen erwogen, nämlich eine vom Roten Meer und eine vom Mittelmeer über den Norden Israels. Die Route vom Roten Meer wird zurzeit als die preiswerteste angesehen. Dieser Kanal wäre ca. 300 km lang und würde heute ca. 4 Mrd. Euro kosten.

Die Ingenieure Herbert Wendt und Wieland Kelm erstellten im Jahre 1975 zum ersten Mal eine umfassende Projektstudie, die die Depression des Toten Meeres für die Energieerzeugung beschrieb. Nach eingehenden Untersuchungen einigten sich die Ingenieure auf einen Verbindungsstollen in ost-westlicher Richtung, der das Mittelmeer mit dem Toten Meer verbindet.

Der Einlauf läge nach diesem Entwurf bei Aschdod, der Auslauf in einem weit nach Westen verlaufenden Taleinschnitt am Steilabfall des Toten Meeres. Diese Punkte markieren die kürzeste Verbindung der Meere und liegen abseits des tektonischen Grabens. Die vorgeschlagene Anlage gliedert sich in einen sieben Kilometer langen Freispiegelkanal, einen 65 Kilometer langen Druckstollen und ein drei Kilometer langes Speicherbecken. Das Hochdruckseewasserkraftwerk liegt in Kavernenbauweise am Steilabfall.

Der Durchmesser des Druckstollens sollte acht Meter betragen und nach der Verdunstungsrate des Toten Meeres bemessen sein. Freispiegelkanal und Speicherbecken reagieren nach dem Prinzip der kommunizierenden Gefäße. Im Speicherbecken liefe automatisch so viel Seewasser aus dem Mittelmeer nach, wie die Lastfälle des Seewasserkraftwerks es erfordern. Über den Ableitungsstollen würde der Wasserspiegel des Toten Meeres

reguliert. Nach den Überlegungen des Jahres 1975 läge die Spitzenleistung bei 300 Megawatt.

Das künstlich gespeicherte Mittelmeerwasser könnte – bevor es in die Turbinen herabstürzt – als Kühlwasser/Betriebswasser zum Beispiel für ein thermisches Kraftwerk verwendet werden. Mit der Abwärme ließe sich eine Meerwasserentsalzungsanlage betreiben. Die Randprobleme werden unter anderen Möglichkeiten in der Studie angedeutet. Nach dem vorliegenden Grobnetzplan würde der Druckstollenvortrieb sechs Jahre und das gesamte Projekt unter Berücksichtigung der einzelnen Planungsstufen, der Konstruktion und Bauausführung zwölf Jahre dauern. Es handelt sich um ein Milliardenprojekt von wirtschaftlicher, technischer und ökologischer Bedeutung.

Am 9. Mai 2005 schlossen Jordanien, Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde einen Vertrag, der die Durchführbarkeit überprüfen soll. In diesem Vertrag wird das Projekt der *Zweimeereskanal* genannt. Vorgesehen ist die Gewinnung von 870 Millionen m<sup>3</sup> Süßwasser pro Jahr und Erzeugung von 550 Megawatt Strom. Die Weltbank unterstützt das Projekt.

Das Gefälle vom Roten Meer zum Toten Meer, das 417 Meter unter dem Meeresspiegel liegt, soll genutzt werden, um ein Wasserkraftwerk entlang des Kanals zu betreiben. Die gewonnene Energie soll zum Betrieb einer Entsalzungsanlage eingesetzt werden. Von 1.800 Millionen Kubikmeter Salzwasser jährlich soll die Hälfte zur Trinkwasserversorgung für Jordanien, Israel und die Palästinensischen Gebiete aufbereitet werden. Mit dem verbleibenden Konzentrat soll das Tote Meer aufgefüllt werden. Über weite Strecken ist der Friedenskanal eher eine Rohrleitung als ein offener Kanal, die sich über 175 km durch das Aravatal erstreckt.

Alle drei Anrainer am Toten Meer - Israel, Jordanien und Palästina - sind von dem Kanal direkt oder indirekt berührt und am Bau beteiligt. Der Kanal soll daher als „Friedens- und Entwicklungsprojekt“ durch einen Fonds finanziert werden, der durch die Weltbank verwaltet wird. Internationale Geber und Staaten sollen den Fonds auffüllen. Bei geschätzten Baukosten von 5 Milliarden US \$ steht offen, ob sich ausreichend Geber finden werden.

Durch den Kanal könne der Süßwasserbedarf in der Region gedeckt und das Austrocknen des Toten Meeres verhindert werden. Da es sich um eine gemeinsame Initiative der israelischen, jordanischen und palästinensischen Regierung handelt, ist der Kanalbau aus Sicht der Befürworter ein wichtiger Schritt zu Kooperation und Frieden im Nahen Osten.

**Beschluss der Diözesanversammlung der Bistumsstelle Münster am 29.9. 2012; Abstimmungsergebnis: EINSTIMMIG**

Eberhard Ockel

## Rückblick auf die Diözesanversammlung von Pax Christi Münster

Für uns Nordlichter war es ein Einsatz! Um 5.30 Uhr klingelte der Wecker, damit wir um 7 Uhr losfahren konnten. Wir waren dann zwar schon vor 9 Uhr in Münster, aber man weiß ja nie...



Wir waren schon vor Ernst und Veronika da, aber Hermann Flothkötter war ein würdiges Empfangskomitee - zwar ohne Schlüsselgewalt, aber mit ganz viel verbindlichen und liebenswürdigen Begrüßungsworten ausgestattet, und wir beobachteten, wie das Auto von Veronika auf dem Innenhof des Marianums Ernst und sie ausspuckte...

Bis 9.30 Uhr waren wir mehr als komplett, und 5 prall gefüllte Kannen Kaffee sorgten dafür, dass wir trotz der frühen Stunde unsere Lebensgeister aufrüttelten und mit Aufmerksamkeit und Andacht der Begrüßung von Matthias Lauks und dem geistlichen Impuls von Veronika folgen konnten

Für die Informationen zum Thema der Pax Christi-Kampagne **Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!**, deren Banner bereits beim Betreten des Raumes unübersehbar ausgespannt war, standen ein Videoclip sowie eine PowerPoint Präsentation, die Ernst kommentierte, und ein kurzer Film über Kindersoldaten in Afrika zur Verfügung, den Veronika ausgeliehen hatte und über den wir gemeinsam diskutierten.

Die PowerPoint Informationen beantworteten eine Fülle von Fragen zur Menge der Waffenexporte durch die Bundesrepublik, zur Geheimhaltung der Lieferungen gegen- über dem Bundestag (der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag erfährt erst zwei Jahre nach einer Waffenlieferung offiziell davon und zeitnah durch die Presse. Außerdem wurden die Vorschläge und Aktionen erläutert, die die heutige Genehmigungspraxis umdrehen wollen, indem grundsätzlich keine Waffenlieferungen von Deutschland aus genehmigt werden und in wenigen Ausnahmefällen (etwa Waffenlieferungen in NATO Staaten) einer Begründung bedürfen. In der Diskussion waren auch das projizierte Verbot von Kleinwaffen-Herstellung und -Verbreitung, wobei auch das immer wieder gebrauchte Argument der Gefährdung von Arbeitsplätzen relativiert wurde, und die geplante Modernisierung der in Deutschland gelagerten Atomwaffen, womit offizielle Verlautbarungen der Bundesregierung konterkariert würden.



Der kurze Film über Kindersoldaten wirkte ebenso nachhaltig wie erschütternd: Ferdi hatte vorher auf einen fatalen Zusammenhang von Kindersoldaten und Handy- Verbreitung hingewiesen: Der im Kongo von Warlords geförderte Rohstoff Coltan gelangt über Ruanda in die westlichen Industrienationen und ermöglicht mit den Profiten sowohl

die Ausrüstung als auch die Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten, mit Hilfe derer die Rebellen vor allem im Süden des Kongo ihr blutiges Handwerk ausüben, die Zivilbevölkerung massakrieren, um so die illegale Ausbeutung der Ressourcen zu schützen. Der geförderte Rohstoff ist für die Herstellung von Handys unverzichtbar, sodass wir als Käufer in die blutigen Konflikte verstrickt sind. Der Gedankenaustausch zu diesem Film ergab vor allem drei Bedenken:

1. bedient der Film zu stark die Klischees von den gewalttätigen, primitiven Schwarzen und den hilfreichen, gebildeten Weißen;
2. deckt der Film keinerlei internationale Zusammenhänge auf, die zu dem permanenten Unfrieden in Afrika führen (koloniale Grenzen) und
3. fehlt jeglicher Hinweis auf die wirtschaftlichen Interessen, die diese Konflikte begründen und aufrecht erhalten (Waffenlieferungen). Viele waren überzeugt: Der Film kann zur Sensibilisierung eingesetzt werden, bedarf aber der Ergänzung durch Informationen und Argumente.



Eine wundervoll würzige Gulaschsuppe, die wir in der Cafeteria zu uns nahmen, verbunden mit einem Fruchtjoghurt als Abschluss, schmeichelte unseren Geschmacksnerven und begleitete angenehm den an vielen Tischen weiter gesponnenen Gesprächsfaden.



Am Nachmittag gegen 14:00 Uhr beschäftigten wir uns mit den Berichten zur Geschäftsführung und zur Arbeit der SprecherInnen-gruppe und des Friedensarbeiters im Zeitraum Oktober 2011 bis September 2012. Hier gab es Nachfragen zu Ausgaben und Einnahmen im Haushalt, lobende

Worte für die Arbeit der Redaktion der Korrespondenz und mahnende bezüglich der Verständlichkeit und des Umfangs der dreimal im Jahr erscheinenden Hefte. Auch wurde die Gefahr angesprochen, dass die Sprechergruppe zu viel in Angriff nehmen und darüber klare Schwerpunkte oder ihre begrenzten Ressourcen aus den Augen verlieren könne.



Unter der Wahlleitung von Ferdi wiedergewählt auf drei Jahre wurden: Michael Deggerich, Michael Finkemeier, Gisela Hinricher, Matthias Lauks, Hermann Flothkötter und Eberhard Ockel; als geistliche Beirätin wiedergewählt wurde Veronika Hüning. Neu in die Sprechergruppe für den ausgeschiedenen Stefan Leibold wurde Claus Lohscheller gewählt, nachdem er sich kurz vorgestellt hatte. Alle wurden einstimmig gewählt.



Hermann Flothkötter war ein stets aufmerksamer, stringenter und verantwortungsbewusster Moderator,

dem wir es zweifellos zu verdanken haben, dass wir trotz insgesamt sechs Anträgen rechtzeitig mit dem Gottesdienst beginnen konnten, obwohl der Raum, in dem wir diskutiert hatten, erst noch hergerichtet werden musste. Dennoch hatte wohl niemand von uns den Eindruck,

unter Zeitdruck zu stehen. Im Zentrum des Gottesdienstes stand die Aussendung der Friedenswanderkerze.

Die mehrheitlich oder einstimmig verabschiedeten Anträge sind im Wortlaut beigefügt; sie wurden während des Gedankenaustausches zum Teil modifiziert.

Ernst Dertmann

## Den Tod bringen Waffen aus Deutschland



Deutschland ist im Rüstungsgeschäft endgültig in die Reihe der Großhändler aufgestiegen: Der Wert von Rüstungsgütern, die in den vergangenen fünf Jahren aus Deutschland exportiert worden sind, hat sich laut einem Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI gegenüber dem vorherigen Fünfjahreszeitraum mehr als verdoppelt.

Deutschland stehe mit einem Anteil von elf Prozent aller Rüstungsexporte in der Welt an dritter Stelle, heißt es in dem SIPRI-Bericht.

Insgesamt sind demnach die Rüstungsexporte in der Welt - ohne Inflationsbereinigung - in diesem Zeitraum um rund ein Fünftel angestiegen. Der Anteil am insgesamt gewachsenen globalen Handel mit Kriegsmaterial stieg von sechs auf elf Prozent. Insgesamt lag der Umsatz der Waffenhändler zwischen 2005 und 2009 um 22 Prozent höher als in der davor liegenden Fünfjahresperiode.



Größte Exporteure sind weiterhin die Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 30 Prozent und Russland mit 23 Prozent.

Deutschland mischt immer stärker mit, nur die USA und Russland exportierten mehr. 40 Prozent gingen an europäische Partner, 25 Prozent nach Asien, 15 Prozent nach Nahost. Insgesamt wurden 55 Länder mit deutschem Kriegsgut beliefert, darunter

Malaysia (vier Fregatten), Jordanien (Trainingshubschrauber), China, Taiwan, Indien, Iran, Israel, Vietnam und Venezuela, die alle Dieselmotoren für Panzerfahrzeuge bezogen.

Den größten Anteil der Waffen hat Deutschland in europäische Staaten geliefert, allen voran die Türkei (14 Prozent der Ausfuhren) und Griechenland (13 Prozent der Ausfuhren).

U-Boote vom Typ 209 und 214, teils auch unter Lizenz in anderen Ländern gebaut, sorgten für den meisten Umsatz, zudem vor allem Panzerfahrzeuge.

Auch die Finanzkrise hat den internationalen Waffenhandel nicht nachhaltig gebremst. Und Deutschland hat seine Rolle als Großhändler noch ausgebaut. Insgesamt exportierten die USA (Rang 1), Russland (2), Frankreich (4), Großbritannien (5) und China (9) 71 Prozent – also fast drei Viertel – aller Panzer, Kampfflugzeuge und Kriegsschiffe. Im Auftrag der „Weltfriedensorganisation“ UNO sammelten sie bei so genannten „humanitären Interventionen“ anschließend genau die Waffen mit militärischer Gewalt ein, die sie zuvor zum Profit ihrer eigenen Rüstungskonzerne exportiert hatten.



Dies alles geht aus den neuesten Zahlen über den globalen Handel mit konventionellen Waffen hervor, die das Friedensforschungsinstitut SIPRI vorlegt. Nach den Hochzeiten der Kriegskaufleute während des Kalten Krieges war das Rüstungsgeschäft in den 1990er Jahren geschrumpft. Doch seit Mitte dieses Jahrzehnts ist der Trend wieder steigend. Inzwischen hat der Handel fast altes Niveau erreicht. Zwar lag der Umsatz 2008 und 2009 leicht unter dem der davor liegenden Jahre, doch dass die Haushaltsprobleme vieler Staaten zu einem Rüstungsstopp geführt hätten, lässt sich aus den Zahlen nicht ablesen. Da sich große Waffenkäufe oft über

Jahre hinziehen, operiert SIPRI mit Fünfjahresperioden, die jüngste wies deutlichen Zuwachs aus.

Welcher Waffentyp von welchem rüstungsproduzierendem Unternehmen zu welchem Zeitpunkt exportiert worden ist, bleibt geheim. Von den jährlich 10.000 genehmigungspflichtigen Rüstungsexporten werden allenfalls einige wenige politisch folgenschwere öffentlich bekannt, Transparenz herrscht kaum. Ein Recht auf Mitsprache haben weder der Bundestag, noch die Bundesbürger. Schlimmer noch: In den letzten drei Jahren wurde der Rüstungsexportbericht nicht einmal mehr im Bundestag beraten, er wurde einfach nur noch publiziert.



Der dramatische Anstieg der Waffenexporte zeigt erneut, dass wir eine viel stärkere Rüstungskontrolle und schärfere Kriterien für den Waffenexport brauchen. Vor allem muss der Bundestag endlich das Recht bekommen, die Bundesregierung in Sachen Rüstungsexporte zu kontrollieren. Es ist ein Unding, dass der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des

Deutschen Bundestages von Rüstungsexporten aus der Zeitung erfährt – wie wir alle.

Dass Deutschland auch bei den legalen Exporten so genannter „Kleinwaffen“, wie Gewehre und Maschinenpistolen, neue Rekorde erzielt, musste die Bundesregierung bereits eingestehen.

Der Anstieg deutscher Rüstungsexporte ist grauenvoll. Es darf in Deutschland keine Arbeitsplätze geben, die



darauf beruhen, dass woanders Menschen sterben - entweder, weil die Länder die Waffen benutzten, oder weil sie wie zum Beispiel Malaysia ihren Rüstungshaushalt aufblähten, anstatt gegen Armut zu kämpfen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass deutsche Außenhandels- und Wirtschaftspolitik als Kriegsunterstützungspolitik betrieben wird.

Grundlage der Rüstungsexportkontrolle ist in Deutschland Artikel 26 (2) des Grundgesetzes: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Das Nähere regeln das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG).

Politisch brisante Rüstungsexporte, beispielsweise Waffenlieferungen für Israel, die Türkei, Saudi-Arabien oder den Irak, werden im geheim tagenden Bundessicherheitsrat beschieden. Diesem gehören neun stimmberechtigte Mitglieder an.

Noch 2000 hatte die rotgrüne Bundesregierung (SPD und Bündnis 90/Die Grünen) eine durchaus vielversprechende Neufassung der „Politischen



Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ verabschiedet. Seither sollte bei der Menschenrechtsfrage beim Rüstungsexport besonderes Gewicht beigemessen werden. Einer der Kernsätze der Allgemeinen Prinzipien lautet, dass „der Beachtung der Menschen-

rechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen“ wird.

Wer sich der Hoffnung einer fortan an Menschenrechten orientierten deutschen Rüstungsexportpolitik hingeeben hatte, musste sich bitter enttäuscht sehen.

amnesty international verweist auf Meldungen, wonach zum Beispiel 2006 „erneut Zivilisten an den Folgen tödlichen Schusswaffengebrauchs durch die Sicherheitskräfte“ gestorben sind. Der Paragraph 16 des revidierten Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus „ließ den direkten und ohne Vorwarnung möglichen Gebrauch von Schusswaffen zu“. Bei vielen der Demonstrationen gingen die Sicherheitskräfte laut ai „weiterhin mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen die Teilnehmer vor“. Zudem trafen „Berichte über Folterungen und Misshandlungen durch Beamte mit Polizeibefugnissen ein“. Noch immer verweigerte der türkische Gesetzgeber das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht an und bot keine Alternativen zum Militärdienst an. Der Kriegsdienstverweigerer Mehmet Torhan wurde vom Militärgericht in Sivas zu einer mehr als zweijährigen Haftstrafe verurteilt.

In den Kurdengebieten im Osten und Südosten des Landes registrierte die Menschenrechtsorganisation „eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation“ im „Kontext eskalierender Kampfhandlungen“

zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Einheiten der PKK. „Im Zuge gewalttätiger Proteste in Diyarbakir sollen die Ordnungskräfte mit exzessiver Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen sein“.

Zum Beispiel fielen laut ai-Jahresbericht 2007 in Pakistan „zahlreiche Menschen willkürlichen Inhaftierungen und dem ‚Verschwindenlassen‘ zum Opfer“, darunter auch Journalisten. Wieder freigelassene Personen berichteten „von Folterungen und Misshandlungen“. Die für „ungesetzliche Tötung Verantwortlichen kamen nach wie vor straffrei davon“, so amnesty international. „Mindestens 446 Menschen wurden zu Tode verurteilt“, die Zahl von 82 Hingerichteten „lag deutlich höher als in den Vorjahren“.

Laut Informationen des Bonn International Center for Conversion (BICC) - ein 1994 mit Unterstützung des Landes NRW gegründetes Friedensinstitut - erhielten 44 Länder, deren Menschenrechtssituation vom BICC als sehr bedenklich eingestuft wird, deutsche Rüstungsgüter.

BICC recherchierte, dass in 27 der Empfängerländer, die ganz legal deutsche Rüstungsgüter erhielten, schwere interne Gewaltkonflikte tobten. Nach BICC-Berechnungen besteht in 15 Empfängerländern „eine erhöhte Gefahr, dass unverhältnismäßig hohe Rüstungsausgaben die menschliche und wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen“.

Wann immer Kriege und Bürgerkriege toben, knallen die Sektkorken in den Chefetagen der Rüstungskonzerne. Neue Kriege bedeuten neue Waffenverkäufe, jeder beendete bedeutet Verkaufseinbußen, denn erfolgreiche Friedensverhandlungen und zivile Konfliktlösungen lassen die Profite der rüstungsproduzierenden und -exportierenden Unternehmen sinken.

Auch die Tatsache, dass die Angst im so genannten „Krieg gegen den Terror“ neue Beschaffungsaufträge vieler westlich orientierter Armeen mit sich brachte, ließ die Rüstungsausgaben weiter steigen – sehr zur Freude der Waffenproduzenten und -exporteure. Die Top Ten der weltweit führenden Rüstungskonzerne dokumentiert die Dominanz US-amerikanischer und europäischer Unternehmen: Mit Boeing, Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon, General Dynamics und L-3 Communications profitieren sechs US-Rüstungsriesen von den

weltweiten Kampfeinsätzen der US-Army und den Rüstungsexporten. Mit British Aerospace, der EADS, Finmeccanica und Thales kompletieren vier europäische Waffenproduzenten das Bild einer florierenden Rüstungsindustrie.



Europas zweitgrößter Rüstungsriese - weltweit die Nummer 7 - war erneut die European Aeronautic Defence and Space Company, kurz EADS mit Sitz in Amsterdam. Zum Konzern gehören der Flugzeughersteller Airbus, der Helikopterproduzent Eurocopter, die Weltraumsparte Astrium, die Geschäftsbereiche Militärische Transportflugzeuge sowie Verteidigung und Sicherheit mit dem Eurofighter-Konsortium. Die EADS ist zudem wesentlicher

Anteilseigner beim Lenkflugkörperproduzenten MBDA. Größter Einzelanteilseigner der EADS ist die deutsche Daimler AG mit 22,52 Prozent des Aktienkapitals, ein Konsortium aus 15 Investoren vorübergehend 7,5 Prozent der Anteile übernimmt.

Dem Konsortium gehören Banken und Versicherungen (Allianz, Commerzbank, Credit Suisse, Deutsche Bank und Goldman Sachs) sowie fünf Bundesländer an: Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg

und Niedersachsen sind direkt oder über eigene Förderinstitute bzw. Landesbanken beteiligt. Auch wenn die Daimler AG ihre Beteiligung an der EADS auf 15 Prozent reduziert, bleibt der Stuttgarter Konzern im Besitz der bisherigen Stimmrechte und sichert sich damit seinen immensen Einfluss auf die EADS-Geschäftspolitik. Die Konzernführung des EADS-Geschäftsbereichs Eurocopter hat „den Verteidigungsmarkt als Wachstumsbereich identifiziert“.

Nach der EADS, dem mit Abstand größten Waffenlieferanten mit dem deutschen Anteilseiger Daimler AG, folgen in der SIPRI-Liste der führenden rüstungsproduzierenden und -exportierenden Unternehmen die Daimler/EADS-Beteiligungsgesellschaften MBDA und Eurocopter auf den Plätzen 16 und 21 mit einem Rüstungsanteil von 100 bzw. 54 Prozent. Auf Rang 31 rangiert als ausgewiesener deutscher Rüstungskonzern Rheinmetall mit einem Rüstungsanteil von 40 Prozent, danach finden sich ThyssenKrupp (Rang 34/3 Prozent), die deutsch-französische EADS Astrium (Rang 46/32 Prozent), KraussMaffei-Wegmann (Rang 47/95 Prozent), Diehl (Rang 58/32 Prozent) und die MTU Aero Engines (Rang 70/20 Prozent).

Nur allzu gerne lenkt die Bundesregierung den Blick auf die vergleichsweise wenigen illegalen Rüstungsexporte, kann sie in derlei Fällen doch den Eindruck erwecken, Bösewichten das Handwerk legen zu wollen. Dass sie zugleich von den rund 98 Prozent ihrerseits genehmigten und damit ganz legal in Krisen- und Kriegsgebiete gelieferten Waffen ablenken will, ist aus Sicht der CDU/CSU/FDP Regierung durchaus nachvollziehbar – so ihr verirrtes Denken.

Ihre Geschäftspolitik milliardenschwerer Waffenlieferungen an NATO- und NATO-assoziierte Staaten und an Entwicklungsländer hat die Bundesregierung in nunmehr acht Rüstungsexportberichten publiziert. Diese dokumentieren Jahr für Jahr Waffentransfers auch an kriegsführende und menschenrechtsverletzende Staaten und sind damit Ausdruck aktiver Kriegs- und Bürgerkriegsunterstützung. Anstatt aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, hat die Bundesregierung ihre Rüstungsexporte 2007 auf ein bislang unerreichtes Höchstmaß gesteigert.

Dramatisch ist die Tatsache, dass die Bundesregierung gegenüber dem Vorjahr die Genehmigungswerte für die Gruppe der ärmsten Entwicklungsländer erhöht hat. Wer die Lieferungen von Teilen für Kampfflugzeuge und Scharfschützengewehre an die USA und Saudi-Arabien sowie Leopard-Kampfpanzer, Gewehre und Munition in die Türkei genehmigt, der weiß, dass diese Waffen bei Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen.



Mit „Friedenspolitik“, wie sie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) oft genug in salbungsvollen Reden postulieren, hat diese Form des Außenhandels und der Wirtschaftspolitik nichts zu tun.

Äußerst verwerflich ist zudem die Tatsache, dass Drittländer mit 15,6 Millionen Euro soviel Kleinwaffen wie nie zuvor erhalten haben. Bekanntermaßen sind Gewehre die Killerwaffe Nummer 1. Zwei von drei Kriegsoffern, zumeist Zivilist/innen, sterben durch Gewehr- und Handfeuerwaffen.

weit sind heute mehr als zehn Millionen G3-Gewehre im Umlauf. Seit der Firmengründung von Heckler & Koch sind mehr als 1,5 Millionen Menschen durch H&K-Waffen getötet worden. Es gibt heutzutage praktisch keinen Krieg oder Bürgerkrieg, in dem nicht Waffen von H&K verwendet werden. Davon unbeeindruckt genehmigten CDU/CSU und



FDP in den vergangenen Jahren Rüstungsexporte des neuen Sturmgewehrs G36, Spanien verfügt bereits über eine Lizenz zu Nachbau des G36.

Laut Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sind durchschnittlich rund 95

Prozent aller Kriegsoffer auf den Einsatz von Kleinwaffen zurückzuführen. Es sei klar gesagt: Wer dennoch Kleinwaffen an Drittländer liefert, macht sich mitschuldig am Massenmorden in den Empfängerländern.

Über Direktexporte und Lizenzvergaben gibt die Bundesregierung den Schlächtern in aller Welt die Waffen in die Hände, mit denen sie ihr tödliches Geschäft des Massenmordens äußerst effizient ausüben können. Dabei stellt sie das im Rüstungsexportbericht ausdrücklich formulierte „besondere Interesse ... an der fortbestehenden Kooperationsfähigkeit der deutschen wehrtechnischen Industrie“ über die körperliche Unversehrtheit und das Leben unzähliger wehrloser und unschuldiger Kinder, Frauen und Männer.

In keinem anderen Bereich als der Rüstungsexportpolitik klaffen der humanistische Anspruch und tödliche Wirklichkeit weiter auseinander. Der Ehrlichkeit halber sollten die Regierungsparteien CDU/CSU Begriffe wie „christlich“ und „sozial“ aus ihrem Parteinamen streichen – oder die menschenverachtenden Waffenlieferungen endlich unterbinden.

Waffenexport ist Beihilfe zum Völkermord und: Waffenexporte sind keine normalen Waren

- Kriegswaffen und Rüstungsgüter sind keine „normalen“ Handelswaren. Der Transfer von Mitteln der Gewalt ist prinzipiell nach den gleichen Kriterien zu beurteilen wie die Androhung oder Anwendung von Gewalt.
- Der Bezug auf diese ethische Position schließt ein, ihre Grundsätze auch dann als verbindliche Handlungsziele zu respektieren, wenn aktuelle Umstände anderes nahelegen.
- Die Orientierung an einem ethischen Urteil schließt stets die Bereitschaft zur Selbstbindung ein; selbst wenn dies heißt, auf Vorteile zu verzichten, die andere nutzen.

Und nicht vergessen werden dürfen die Folgen von Waffentransfers im Empfängerland:

- Bestehende Konflikte werden verstärkt und eskalieren häufig gewalt-sam
- Unzählige Menschen werden getötet, verwundet, vertrieben oder traumatisiert
- Selbst wenn die Waffen nicht eingesetzt werden, sind finanzielle Mittel gebunden, die für Bildung und Armutsbekämpfung nicht mehr zur Verfügung stehen

PAX CHRISTI im Bistum Münster hat schon vor einigen Monaten u.a. festgehalten:

„Es gibt Handelserfolge, auf die ein Land nicht stolz sein sollte, auch wenn es um den Rang als Exportweltmeister kämpft. Deutschlands Spitzenposition unter den Kriegskaufleuten zählt zu dieser Kategorie.

Kein anderer führender Exporteur hat im vorigen Jahrzehnt so zugelegt wie die deutsche Rüstungsindustrie, die ihre Lieferungen mehr als verdoppelte. Prima Geschäfte? Keineswegs.

Erstens sind Waffenlieferungen durch Kompensationsaufträge und Billigangebote stark subventioniert.

Zweitens und wichtiger: Sie tragen zur globalen Destabilisierung bei.

Hinter den USA und Russland nimmt Deutschland in der Reihe der Waffengroßhändler Rang drei ein, vor früheren Rüstungsimperien wie Frankreich und Großbritannien.

Der internationale Trend zeigt, dass viele Regimes beim Militär zuletzt sparen, und dann sehen sich auch ärmere Nachbarn gezwungen mitzuziehen. Ob dies in Regionen mit großer Armut eine angemessene Verwendung der Ressourcen sei, fragt der SIPRI-Report. Die Antwort ist einfach: Nein.

Wir sagen: Das anhaltend hohe Volumen deutscher Rüstungsexporte erfordert dringend ein Umsteuern von Seiten der Politik.

Wir kritisieren: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wird die Rüstungsexportpolitik vorrangig an außenwirtschaftlichen Aspekten ausgerichtet und friedens- und entwicklungspolitischen Dimension vorgeordnet.

Wir mahnen an: Von den jährlich 10.000 genehmigungspflichtigen Rüstungsexporten werden allenfalls einige wenige politisch folgenschwere öffentlich bekannt, Transparenz herrscht kaum. Ein Recht auf Mitsprache haben weder der Bundestag, noch die Bundesbürger. Schlimmer noch: In den letzten drei Jahren wurde der Rüstungsexportbericht nicht einmal mehr im Bundestag beraten, er wurde einfach nur noch publiziert. Der Bundestag muss über die Rüstungsexporte entscheiden.

Wir stellen fest: mit „Friedenspolitik“, wie sie Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) oft genug in salbungsvollen Reden postulieren, hat diese Form des Außenhandels und der Wirtschaftspolitik nichts zu tun. Über Direktexporte und Lizenzvergaben gibt die Bundesregierung den Schlächtern in aller Welt die Waffen in die Hände, mit denen sie ihr tödliches Geschäft des Massenmordens äußerst effizient ausüben können.

Wir fordern die Mitglieder der Bundesregierung, des geheim tagenden Bundessicherheitsrates und die Parlamentarier nachdrücklich auf, sich auf ihre friedensethische Verantwortung zu besinnen, Export von Waffen und Munition äußerst restriktiv zu handhaben, mehr Transparenz bei

Rüstungsexporten einzuführen und vollständig auf staatliche Absicherungen von Rüstungsgeschäften (Hermes-Bürgschaften) zu verzichten.



Wir sagen NEIN, wenn deutsche Außenhandels- und Wirtschaftspolitik als Kriegsunterstützungspolitik betrieben wird.

Wir wissen: Nur durch eine breite öffentliche Gegenreaktion kann zur Umkehr in der Rüstungsexportpolitik bewegt werden!“

So weit unsere seinerzeitige Erklärung.

Und weil sie leider wahr geblieben ist, haben wir im Bistum Münster eine Kampagne gegen die Rüstungsexporte gestartet.

Wir wollen als ChristInnen in unserer Zivilgesellschaft massiv Druck gegen die Verantwortlichen der deutschen Rüstungsexportpraxis aufbauen. Wir wollen Veröffentlichungspflicht aller geplanten und tatsächlich erfolgten Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, um eine öffentliche Diskussion und parlamentarische Entscheidungen zu ermöglichen.

Wir wollen die Aufnahme eines grundsätzlichen Exportverbotes von Waffen und Rüstungsgütern in Artikel 26, Abs. 2 des Grundgesetzes.

**Deshalb sammeln wir Unterschriften, damit das Grundgesetz in Artikel 26 (2) ergänzt wird:** „Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz“.

Deshalb begleitet unsere Unterschriftenaktion unsere neue Friedenswanderkerze.

### Grundgesetz Artikel 26 (1)

„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

### Grundgesetz Artikel 26 (2)

- „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.
- Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Veronika Hüning

## AKTION FRIEDENSWANDERKERZE: Gegen Rüstungsexporte! Mitmachen!!

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,



die Friedensbewegung pax christi im Bistum Münster hat sich der **Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“** angeschlossen und das Engagement gegen Rüstungsexporte zu einem Schwerpunkt ihrer Friedensarbeit 2012/2013 gemacht. Denn wir finden es unerträglich, dass Deutschland „Europa-meister“ bei den Rüstungsexporten ist und weltweit an dritter Stelle beim Handel mit todbringenden „Waren“ steht.

Als politisch-spirituelle Friedensbewegung wollen wir aktiv werden und Information, Gebet und Handeln miteinander verbinden. Dafür möchten wir möglichst viele Kooperationspartner finden, auch in Pfarrgemeinden, ökumenischen Gruppen und in Schulen.

Wir haben eine **Friedenswanderkerze** gestaltet und wollen sie bald auf den Weg schicken. An möglichst vielen Orten im Bistum soll sie brennen, wenn Aktionen gegen Rüstungsexporte stattfinden. Dies können Friedensgebete, Mahnwachen, Informationsstände, Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen oder andere Aktionen sein.

Mit der Friedenswanderkerze sollen Unterschriften gegen den Rüstungsexport gesammelt werden.



Nach Motiven von Gisela Hinricher, Coesfeld, wurde die 1-m-hohe Friedenswanderkerze kunstvoll gestaltet. Bei der Diözesanversammlung von pax christi am **Samstag, 29. September 2012**, wurde sie im Gottesdienst von Pfarrer em. Ferdinand Kerstiens aus Marl gesegnet und von uns auf den Weg gesandt.



**Holt die Friedenskerze in eure Stadt, in eure Gemeinde, in eure Einrichtungen!**

Bei der Vorbereitung und Durchführung werden wir euch unterstützen: je nach Bedarf durch

- Beteiligung an eurer Veranstaltung, z.B. Mitgestaltung eines Gottesdienstes, Mitbetreuung eines Informationsstandes,
- Unterschriftenlisten,
- Vermittlung von Referenten,
- Material für Gottesdienste und Aktionsvorschläge,
- Muster für Briefe mit Informationen und Einladungen; Presseartikel,
- Hilfe beim Transport oder bei der Weitergabe der Kerze u.v.m

Wir werden einen Kalender führen, mit dessen Hilfe wir die Aktion koordinieren. Mit Terminwünschen, Fragen und Bitten wendet Euch einfach an unser Büro:

Ernst Dertmann, pax-christi-Bistumsstelle Münster, Breul 23, 48143 Münster,

Fon: 0251 / 511 420 oder mobil: 0176 - 44 55 22 86

Email: [dertmann-e@versanet.de](mailto:dertmann-e@versanet.de)

**Damit der Tod nicht länger „ein Meister aus Deutschland“ (Paul Celan) bleibt.**

Gisela Hinricher

## Pax Christi-Friedenswanderkerze 2012

Deutschland steht weltweit an dritter Stelle der Waffen exportierenden Länder.



In dieser Situation sendet Pax-Christi im Bistum Münster wieder eine Friedenswanderkerze aus, die sich zum Gebet der Christen verzehren soll. Sie soll Licht bringen in die Dunkelheit der Tod bringenden Waffenexporte.

„Was wollen wir auf unserer Kerze darstellen?“ haben sich vor neun Jahren zur Zeit des Irak-Krieges Pax-Christi Mitglieder gefragt, als wir die Friedenskerze auf den Weg durch unser Bistum schickten. „Was sollen wir heute in unserer gegenwärtigen Situation verändern? Was bleibt unveränderbar?“ hieß es diesmal in der Sprechergruppe.

Anne Schürmann, Kerzenexpertin für ein Eine-Welt-Projekt aus Coesfeld, führte die Pax-Christi Ideen aus; Entwurf und Schablonen lieferte Gisela Hinricher, Pax-Christi-Sprechergruppe. Die Reporterin der Kirchenzeitung nannte diese Zusammenarbeit eine „weltkirchliche Kooperative“.

Hoch ragt das Kreuz auf unserer Friedenskerze auf, ein Zeichen für all das Leid, für den Tod. Es ragt heraus aus brennenden Häusern, aus Raketen und Leopardpanzern, den Symbolen des Krieges.

In unserer gegenwärtigen Situation könnten wir wie in dem bekannten Paul-Celan-Gedicht „Todesfuge“ über den Holocaust sagen: „Ja, der Tod ist ein Meister aus Deutschland“.

Auch in den Worten „Krieg, Hass und Terror“ trifft uns das unerbittliche Schwarz, die Dunkelheit.

Aber das Kreuz ragt nicht auf wie ein schwarzes Zeichen des Todes. In seinem dunklen Grün kündigt sich Hoffnung an. Sie bricht aus dem Dunkel des Kreuzes dann völlig heraus in dem goldenen Licht, das die Sonne der Auferstehung ausstrahlt.

In dieses Licht der Auferstehung taucht die Taube ein, als Zeichen des Geistes Gottes, der in strahlendem Rot auf die ebenso rot leuchtenden Worte „Frieden und Peace“ hinweist.

Und wie es ein Kreuz der Hoffnung gibt, so ist auf der Rückseite ein Baum der Hoffnung zu sehen, erdbraun mit unten abgestorbenen Ästen, die aber nach oben hin Blüten tragen- rotgoldene Sonnenblüten.

Und dann das Paradoxe: Sogar hinter den Raketen und in den schmierigen Farben des Panzers deutet sich Grün an.

Ja, diese Friedenskerze soll eine Kerze der Hoffnung sein, mit der wir beten, dass Gott uns helfe, unserer Welt mehr Frieden zu schenken.

Ferdinand Kerstiens

## Segnung der Kerze und Anzünden

Herr Jesus Christus,  
Du hast selig gepriesen, die keine Gewalt anwenden  
und Frieden stiften in unserer zerrissenen Welt.  
Als Auferstandener bist du  
durch die verschlossenen Türen  
in die Mitte  
deiner Jüngerinnen und Jünger getreten mit dem Wunsch:  
Der Friede sei mit euch.  
So segne diese Kerze,  
auf dass sie zum Zeichen deines Friedens unter uns werde.  
Segne alle, die im Zeichen dieser Kerze  
um Bekehrung und Versöhnung,  
um den Frieden unter den Menschen und Völkern bitten.  
Segne und stärke sie in ihrem Engagement  
für die Überwindung der Gewalt,  
für die Verschrottung der Waffen,  
für Menschenrecht und Menschenwürde,  
für ein Leben in Fülle,  
wie du es verheißen hat.  
Darum bitten wir dich,  
der du unser Bruder und Freund geworden bist  
für Zeit und Ewigkeit



Erklärung der Diözesanversammlung

## **von Pax Christi im Bistum Münster zur Aktion „Umfairteilen - Reichtum besteuern“:**

„Pax Christi im Bistum Münster erklärt sich solidarisch mit dem Bündnis „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ und seiner Forderung nach einer dauerhaften Vermögenssteuer, einer Finanztransaktionssteuer, sowie einer einmaligen Vermögensabgabe zur Entschuldung von Bund, Länder und Gemeinden, um reiche Haushalte deutlich stärker als bisher für die Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen.“

Begründung:

Das Zweite Vatikanische Konzil erklärt: „Gott hat die Erde mit allen, was sie enthält, zum Nutzen für alle Menschen und Völker bestimmt; darum müssen diese geschaffenen Güter in einem billigen Verhältnis allen zustatten kommen; dabei hat die Gerechtigkeit die Führung, Hand in Hand mit ihr die Liebe.“ (Pastorale Konstitution über die Kirche in der Welt von heute, „Gaudium et spes“, Art. 69)

Alle anderen Rechte, auch die des Eigentums und der freien Wirtschaft, sind diesem Grundgesetz untergeordnet. Sie müssen seine Verwirklichung ermöglichen.

Jeder Mensch hat das Recht auf Leben und auf die geeigneten Mittel zu einer angemessenen Lebensführung. Dazu gehören insbesondere Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und medizinische Versorgung, sowie Hilfe bei Arbeitslosigkeit und Alter.

Es ist Aufgabe der Politik, für diese Rechte einzutreten und dafür eine gerechte Ordnung zu finden. Auf keinen Fall darf zugelassen werden, dass die Politik dem Vorteil weniger dient, wo sie doch für das Wohl aller zu

sorgen hat. Die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen machen die Reichen immer reicher auf Kosten der Armen, die immer ärmer werden. Dass muss geändert werden, denn die Wirtschaft ist für das Leben der Menschen da, nicht die Menschen für die Wirtschaft. Jedes Privateigentum steht in sozialer Verpflichtung und ist nicht oberstes Gesetz.

Mit Bezug auf diese Grundüberzeugung unterstützen wir das Ziel des Aktionsbündnisses Aktion *Umfairteilen*, die Vermögenden in Deutschland aktuell und dauerhaft zur Förderung des Gemeinwohls finanziell spürbar heranzuziehen.

Eberhard Ockel

## Bericht über ein spannendes Forum im Franz-Hitze-Haus zum Thema „Eurowaisen“: verlassene Kinder in der Ukraine



Heinz Meyer begrüßte die Anwesenden, besonders den anwesenden Weihbischof Dieter Geerlings und den Vorstandsvorsitzenden des Diözesancaritasverbandes Domvikar Klaus Winterkamp und hob die zunehmende Aktualität zerrissener Familien in diesem größten Flächenland Europas hervor. Er dankte den beiden

Vortragenden, der Renovabis-Beauftragten Claudia Gawrich für die Veranschaulichung des Problems und dem Präsidenten der Caritas Ukraine, Andrij Waskowycz, für seine Informationen.

Die Renovabis-Beauftragte gab, durch Fotos veranschaulicht, am Beispiel dreier Fälle einen Einblick in die Situation von Kindern, die durch Arbeitsmigration sowohl psychisch als auch sozial in Not geraten.



Andrij Waskowycz hielt einen sehr engagierten Vortrag, der weit über das Thema „Eurowaisen“ hinausging: er schilderte zunächst die Not in der Ukraine, die Lebensmittelrationierung, die Schwierigkeiten der Versorgung mit Nahrung und die Maßnahmen der Caritas, die nur ein Tropfen auf den heißen Stein sei: durch

Verteilung von Hilfsgütern, die Einrichtung von Suppenküchen und die Hilfe alter Menschen in Not. Er wies auf drei Prioritäten in der sozialen Arbeit hin:

1. soziale Pflegedienste, die er aufschlüsselte in insgesamt 14 ambulante Dienste (vergleichbar unseren ambulanten Pflegediensten), in Pflege und Begleitung von Aidskranken, deren Aufgabe besonders schwierig sei wegen gesellschaftlicher und kirchlicher Vorurteile, die sich in massiver Ausgrenzung und Ablehnung niederschlagen; und schließlich in Hospizarbeit - er nannte ein Hospiz mit 25 Betten, in dem auch das Schmerzproblem zunehmend berücksichtigt werde.
2. Kinder und Jugendhilfe: er wies auf geschätzte 120.000 Straßenkinder in der Ukraine hin, im Alter von 4-16 Jahren (die älteren fielen im Straßenbild nicht mehr auf, weil sie sich entweder Prostituierten oder im kriminellen Banden organisierten; auch hier stehe die Betreuungsarbeit, auch wegen der nur wenigen ehrenamtlichen Helfer, ganz am Anfang: es gäbe betreutes Wohnen, worin verwahrloste Kinder in kleineren Betreuungsgruppen aufgenommen und behutsam an geregeltes Leben und an gesellschaftliche Integration gewöhnt werden.
3. Migrationsbereich: in dieses Feld fallen die Eurowaisen, aber auch der kriminelle Menschenhandel, der vor allem Frauen zur Prostitution zwingt und sie in der Illegalität ausbeutet. Die Arbeitsmigranten sind vor allem im Dienstleistungsgewerbe, in der Pflege oder als Erntehelfer in Russland und in Süd-Europa aktiv; ihre Zahl wird auf 6 Millionen geschätzt - eine neuere Studie macht eher viereinhalb Millionen wahrscheinlich - und nur verhältnismäßig wenige - einige 100.000 arbeiten in Deutschland vorrangig in der Pflege, ohne dafür besonders qualifiziert zu sein. Fast alle arbeiten in der Illegalität; nur ist die Kontrolle in Südeuropa erfahrungsgemäß schwächer und nicht so konsequent wie in Deutschland. So werden Dienstleistungen von Ukrainern oder Ukrainerinnen meist unterbezahlt. Viele Migranten bleiben trotz Illegalität, weil sie ihrer Familie langfristig eine größere Sicherheit verschaffen wollen. Die Caritas bietet zwar ein Rückkehrerinnen-Frauenhaus an und psychologisch-medizinische Betreuung sowie Hilfen für Reintegration, kämpft aber so lange gegen Windmühlenflügel, wie in der Ukraine keinerlei staatlich organisierte Sozialfürsorge besteht und jegliche Dienstleistung aufgrund korrupter Strukturen bezahlt werden muss. So gibt es keine Alternative zu der Arbeitsmigration: die zurückfließenden Gelder (geschätzte 20.000.000.000 \$)

finanzieren Eigenheime für die Familien und ein Stückchen Land, auf dem Obst und Gemüse für den Eigenbedarf angebaut werden kann. Indirekt sanieren diese Rücküberweisungen ganze Kommunen. Wer kein Eigenheim hat, ist gezwungen, auf der Straße zu leben.

Langsam entwickelt sich in den fünf Kirchen der Ukraine, die aufgrund ihrer Traditionen nur schwer zu kooperativen Aktionen finden, eine Verantwortung für die Gesellschaft und für die Grundsicherung des einzelnen Bürgers ohne Ansehen des Gebetbuchs.

Die Diskussion nach einer halbstündigen Pause ging der ethischen Fragen nach, wie man bei uns die heuchlerische Politik stoppen kann, Fachpersonal aus aller Welt einzuwerben, um unseren Fachkräftemangel zu beheben und andererseits Migranten und illegale Mitbürger an einer fundierten Bildung und Berufsausbildung zu hindern. Fragen nach der Reichweite und Ausstattung karitativer Organisationen und Einrichtungen wurden gestellt und beantwortet. Waskowycz gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Kirchen langfristig den grassierenden Egoismus und die Bereitschaft zur Korruption durch eigenes Modellverhalten eindämmen können. Gleichwohl räumte er ein, dass namentlich die orthodoxen Kirchen bislang keine karitative Organisation gekannt haben; in der Vergangenheit begnügte sich die Kirche mit dem Aufruf zur Wohltätigkeit.

Ein Problem bestehe immer noch, so Waskowycz, in der Herkunft von Sponsorengeldern für die Betreuung von Kindern beispielsweise; die Spender seien zum Teil Parteigenossen oder Unternehmer, die durch korrupte Machenschaften an Riesenvermögen gelangt seien. Die Betreuung von Freiwilligen-Diensten in der Ukraine sei schwierig, aber nicht unmöglich; bisherige Erfahrungen stimmten durchaus zuversichtlich, dass auch einzelne Freiwillige ihren Aufgaben nachkommen und verlässliche Ansprechpartner finden könnten, wenn sie Schwierigkeiten hätten.

Günstig sei vor allem dieses Jahr, weil es ein Wahljahr sei: die Regierung wolle den Dialog mit der Zivilgesellschaft und sei an einer Verbesserung sozialer Netzwerke interessiert; sie suche daher nach Dialogpartnern, mit deren Projekten sie dann selber prunken könne. Waskowycz schilderte

sehr launig, mit welchen Absprachen die offenkundige Absicht der Regierung, die gemeinnützigen Organisationen zu spalten, um ihre eigenen Interessen ungehinderter durchzusetzen, unterlaufen werde.

Der Beifall am Schluss und die regen Einzelgespräche lassen erkennen, wie groß das Echo und die Wirkung des Forums für die Besucher und Diskussionspartner war.

Eberhard Ockel

## Bericht zur Konziliaren Versammlung „Zeichen der Zeit - Hoffnung und Widerstand“



Ich bin noch ganz erfüllt von der Euphorie, die unterschwellig und teilweise auch ganz offenkundig diese Versammlung bestimmte. Am Donnerstag, der feierlichen Eröffnung kam ich ein wenig zu spät, 18.10 Uhr, erlebte erwartungsgemäß eine übervolle Paulskirche mit ganz verschiedenen Christinnen und Christen (Kirchenbürgerinnen und Kirchenbürgern) aus Deutschland, Holland,

Österreich, der Schweiz und Italien. Die meisten kamen aus gemeinnützigen und kirchenkritischen Netzwerken, allein Pax Christi im Bistum Münster war mit 28 Teilnehmenden vertreten. Für mich am beeindruckendsten präsentierte sich der letzte noch lebende Mitunterzeichner des Katakombenpakts, Luigi Bettazzi, emeritierter Bischof von Ivrea in Norditalien.

Mit einer Mischung aus Humor, Selbstironie und Wachheit unterhielt er sich mit dem WDR-Moderator Uwe Schulz. Seine Antworten durchzog trotz klarer und realistischer Analyse der gegenwärtigen Kirche eine unbesiegbare Hoffnung und der Glaube an die List des Heiligen Geistes. Er schilderte die Bedeutung von Dom Helder Camara als genialen Organisator und Anreger von Gruppen, die sich gemeinsam für die



Armutsthematik engagieren wollten. Sein Vorteil war sein Weihbischöfsamt bei dem Kardinal Lercaro in Bologna, der ebenso wie Kardinal Suenens aus Belgien für das Armutsthema aufgeschlossen war und wegen seiner Moderatorenfunktion von ganz vielen Konzilsbischöfen kontaktiert wurde. Bettazzi bewährte sich dabei als Vermittler und lernte viele Gleichgesinnte kennen. Vielleicht war es seine Bescheidenheit, die ihn statt eines Vortrags das Interview wählen ließen.



Denn sowohl Hans Küng als auch die Politologin Susan George bestiegen selbstbewusst das Rednerpult in der traditionsreichen Paulskirche. Er widmete uns seine Abschiedsrede von der Öffentlichkeit: er wolle sich weiter engagieren, aber die öffentlichen Auftritte anderen, jüngeren überlassen. Er wird im nächsten Jahr 85 Jahre alt. Seine Kritik an der Entwicklung der katholischen Kirche entsprach seinen schriftlichen Aussagen in sehr vielen Buchveröffentlichungen. Er endete er mit Ratschlägen für eine wirksame und erfolgreiche



widerständige Aktion. Und er riet generell zu Gruppenaktionen, um Rückendeckung und gegenseitige Unterstützung zu gewährleisten.

Susan George (Mitbegründerin von attac) warb leidenschaftlich für eine andere Weltordnung und erinnerte an die gesellschaftliche Verantwortung jedes einzelnen und jeder Gemeinde, wie mit Geld umzugehen sei, wie die Banken an die Kette zu legen seien und wie schließlich von dem wahnhaften Wirtschaftsziel ständigen Wachstums auf Kosten der Armut unterentwickelter Völker Abschied genommen werden müsse.

Die dann folgenden Frauenrechtlerinnen Ida Raming, Magdalene Bussmann und Magdalena Holztrattner wurden vorgestellt und plädierten für mehr Zivilcourage bei den Frauen und bei den Priestern und Bischöfen für mehr Mut bei der Entscheidung, weibliche Kompetenzen und Begabungen zuzulassen und gegebenenfalls zu fördern.

Schon an diesem Abend spiegelte sich die Wirkung des Gehörten in den zahlreichen Gruppen und Grüppchen, deren lebhaftes Gespräch nur durch die Sperrstunde 22:00 Uhr ausgebremst wurde. Diese Beendigung der Foyergespräche hinderte nicht daran, sich hinterher noch in einer Kneipe zu treffen.



Bei der Fülle von Angeboten - das Programm weist 53 Werkstätten und Gesprächsgruppen aus - fiel die Wahl schwer, zumal der Themenrahmen weit gespannt war:

Nacharbeit des Konzils mit der Frage, was heute als Aggiornamento im Sinne Johannes' XXIII. anzusehen sei (eine neue Form der Mission, eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik, neue Formen von Gemeinde und Liturgie und ein neuer Glaube, der auch suchende Menschen erreicht).

Der Freitagmorgen lockte mich in die Werkstatt 29, moderiert von Norbert Arntz, mit Bischof Bettazzi, dessen Erinnerungen an das Konzil und an den Katakombenpakt von zwei engagierten Dolmetscherinnen ins Deutsche übertragen wurden.

Er erklärte, dass sich schon früh durch die Ermutigung von Papst Johannes XXIII. eine informelle Gruppe im belgischen Kolleg wohl auf Anregung von Dom Helder Camara zusammengefunden habe, bestehend aus Kardinal Suenens, Bischof Limmer, Pater Goutier, Erzbischof Hakim,



dazu eine Gruppe, die sich der Spiritualität von Charles de Foucault verbunden fühlte - der er auch selbst zugehörte - und die sich nicht ohne Selbstironie die „kleinen Bischöfe“ nennen ließen. Zu ihnen gehörten auch die Mitunterzeichner Weihbischof Julius Angerhausen

(aus Essen, BRD) und Weihbischof Hugo Aufderbeck (aus Erfurt, DDR), die einzigen deutschen Bischöfe, deren Unterschrift als Erstunterzeichner des Katakombenpaktes verbürgt ist. Er erwähnte jedoch auch indische und afrikanische Bischöfe als Mitunterzeichner.

Er selbst hat das Konzil ab der zweiten Sitzungsperiode, also nur unter Paul VI. erlebt, da er erst zwischen der ersten und zweiten Sitzungsperiode Weihbischof in Bologna wurde.

Die Anregungen der Gruppe für die Armen wurden durch Kardinal Lercaro besonders gefördert. Paul VI. liebte den Ausdruck „Kirche der Armen“ nicht und wollte ihn nicht in ein Konzilsdokument aufgenommen sehen. Er hatte Angst, die Kirche würde in eine linke, sozialistische Ecke gestellt. Er nahm stattdessen die Anregungen und Wünsche der „kleinen Bischöfe“ in seine päpstliche Enzyklika „Populorum Progressio“ auf. Deshalb ist der Gedanke der Option für die Armen in den Konzilsdoku-

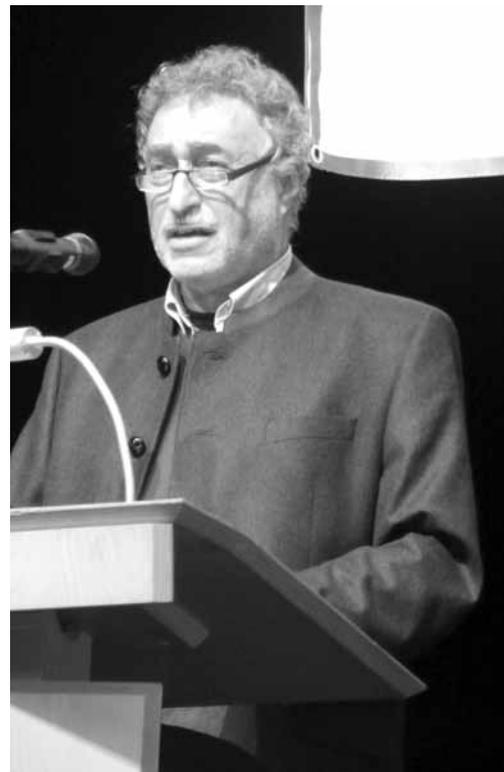
menten nur ein Nebenaspekt. Im päpstlichen Geheimarchiv (und daher erst in 70 Jahren zugänglich) schlummern die 500 Katakombenpaktunterzeichner und - ein schmunzelnder Zusatz - Bettazzis Kalender, den er dort vergessen hat. Dass erst vor wenigen Jahren der Katakombenpakt öffentlich wurde, liegt zum einen an dem aufregenden Titel (das Dokument ist überschrieben „für eine arme und dienende Kirche“). Es wurde im Rahmen eines Gottesdienstes in der Domitilla-Katakombe zu Rom am 16.11.1965 unterzeichnet. Auch waren die 13 Forderungen an die eigene Lebensführung ja nicht zur Veröffentlichung gedacht, sondern als gleichsam schriftliches Gewissen. Dass dafür die reichen Bischöfe aus den USA, aus Westeuropa nicht aufgeschlossen waren, lag in ihrer Rechtsstellung begründet; die lateinamerikanischen Bischöfe waren ständig mit Armut konfrontiert und somit aufgeschlossener.

Sie haben mit ihren Konferenzen von Medellin und Puebla das Konzil kongenial fortgesetzt und die Option für die Armen ins Zentrum ihrer Theologie und Praxis gerückt.

Kardinal Martini, der Bischof von Mailand, forderte jüngst noch kurz vor seinem Tod von Benedikt XVI., er solle die Bischöfe alle zwei Jahre zu thematischen Konzilien einladen, um dem Auftrag der „ecclesia semper reformanda“ zu entsprechen. Bischofsernennungen sollten nach demokratischen Wahlen erfolgen und Frauen sollten zu Diakoninnen geweiht werden, gemäß dem Zeugnis der Paulusbriefe.

Eine Veranstaltung am Freitagnachmittag, die der Verein Ökumene 2017 vorbereitet hatte, und ihren theologischen Berater Klaus Krämer, die Pfarrerinitiative aus Österreich mit deren Obmann Helmut Schüller und einen Vertreter der Altkatholiken zusammenbrachte, wollte einen optimistischen Blick in die Zukunft der Ökumene versuchen. Schüller entwarf zunächst eine meditative Erörterung von Gehorsam als zentraler kirchenpolitischer und -praktischer Kategorie. Er bezeichnete den vom Priester geforderten Gehorsam als menschenfressend, weil die pastorale Solidarität der Priester natürlich der Gemeinde gehört und die Bischöfe mit ihren Maßnahmen geradezu ihre Verantwortung verraten und die Priester in ein Dilemma zwischen Loyalität und Solidarität stürzen. Er schlug vor, statt Gehorsam den Begriff „Hörsamkeit“ einzuführen und zu

verwenden, um so die Grenzen des Gehorsams als Verpflichtung aufzuzeigen, dass man „auf Gott mehr hören muss als auf Menschen“. Schüller ist als ehemaliger Generalvikar der Diözese Wien und als Leiter der österreichischen Caritas mit vielen Kollegen persönlich bekannt; so konnte er seine Idee mit einer kleinen Gruppe zusammen starten. Die Resonanz hat ihn regelrecht überrollt. Gut 500 Kollegen sind Mitglieder der Aktion, die



als Verein „Ungehorsame. V.“ in Österreich völlig offen und transparent agiert.

Er hat sogar mit 6 Kollegen ein 2stündiges Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der Glaubenskongregation in Rom geführt und diese so zugetextet, dass er nach dem Gespräch sie mit dem Hinweis überrascht hat: Das alles ist nichts, was den Glauben gefährdet.

Es gebe eine Gehorsams-Schweige-Spirale unter den Kollegen, aber solange die Gehorsamsverwender nicht rechenschaftspflichtig zu machen sind, wie sie mit

dem Gehorsamsversprechen verfahren, also kein geordnetes Beschwerderecht garantiert ist, so lange bleibt nur die Ungehorsamsoption. Heraus aus der Nische, so die Forderung; habe Mut, statt Laie Kirchenbürger zu sein/zu werden. Die theologische Motivation für den Ungehorsam liegt in der Volk-Gottes-Idee des Konzils: Schüller und seine Kollegen fühlen sich als Anwälte und Diener dem Volk Gottes verpflichtet. Gleichzeitig

als „Figuren im Übergang“ bis zur Neukonzeption des Amtes. Wichtig sei, so Schüller, dass Gemeinden auf diese kirchliche Umbruchsituation, die mit Finanznot begründet werde, nicht mit der Frage „was soll aus uns werden?“ sondern selbstbewusst „was haben wir als Gemeinde vor?“ reagierten. Jeder Mensch sei Geschöpf und von Gott gewollt. Die Grundfunktionen ihres Amtes sehen die Mitglieder der Pfarrerinitiative in der Weitergabe, im Leben und Feiern des Glaubens. Den deutschen Kollegen rät Schüller: wer zahlt, muss mitreden können! Schüller betonte, dass Glaube und Kirchenstrukturen identisch seien. Man könne nicht ignorieren, dass die Zerschlagung gewachsener Strukturen zum Austrocknen des Glaubenslebens führten.



Der Abend im großen Saal des Saalbaus Gallus führte die unterschiedlichen Interessen zusammen: Micha Brumlik, ehemaliger Leiter des Fritz Bauer-Instituts, beschrieb die geschichtsträchtige Bedeutung des Raums als Ort der Auschwitz-Prozesse von 1963 bis 1965 und benannte Etappen des kirchlichen Antijudaismus, die fatale Rolle auch der katholischen Kirche im Nationalsozialismus, vor allem das Schweigen des Papstes

Pius XII. zur Verfolgung und Vernichtung der Juden. Er stellte die wechselvolle Geschichte der Karfreitags-Fürbitte zu den Juden dar und verwarf die neuerlich durch Benedikt XVI. verfasste Karfreitags-Fürbitte.

Zur Frage „welche Kirche brauchen wir?“ äußerten sich die feministische Theologin Elisabeth Schüssler-Fiorenza, der Politologe und Publizist Michael Jäger und der Obmann der österreichischen Pfarrerinitiative Helmut Schüller.

Schüssler-Fiorenza nahm dankbar die Frage auf: „welche Kirche wollen wir?“ und verband sie mit der Frage „welche Kirche leben wir?“ Den Traum von einer neuen Kirche konkretisierte sie in der Vorstellung von einer herrschaftsfreien Kirche der Frauen, in der eine Theologie der Weiblichkeit vorherrscht, Frauenrechte als Menschenrechte begriffen werden und eine selbstbestimmte Kirche, die eher als „Omnibuskirche“ denn als „Mercedes-Kirche“ in Erscheinung tritt.

Michael Jäger begann seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, dass er eine Entwicklung vom Atheisten zum Christen hinter sich habe. Er glaube, dass Kirche von ängstlicher Lähmung befreien soll und der Glaube an Jesus Christus zum Einsatz befreit. Tortur bezeichnete er als Hauptzeichen der Zeit. Der Todesangst gab er eine Mitschuld an der Verelendung der Welt. Er zitierte Adorno, der das richtige Leben als Kampf zum Sterben bezeichnete und uns Menschen als immer schon tote. Aufgabe der Kirche sei es, Anklage gegen Weltarmut und Tortur zu erheben. Christsein im Widerstand könne man nur als Gruppe, die ohne Angst lebe in der Hoffnung auf ein Leben nach dem Tod. Drei Prinzipien seien für eine solche Gruppe wichtig:

1. sie müsse das Wort vom Kreuz verinnerlichen,
2. sie müsse ihre Feinde gewaltfrei besiegen und wertschätzen lernen und
3. die Feindschaft revidieren.

Am Samstagmorgen setzte Norbert Arntz die Werkstatt zum Katakombenpakt fort: Bernd Seidl, Redakteur in der Abteilung Kirche und Gesellschaft des Südwestrundfunks, berichtete von den Recherchen

zu einem Film über den Katakombenpakt. Er zeigte uns den Film und es entspann sich eine lebhafte Diskussion über Voraussetzungen des Katakombenpaktes, über Ergebnisse der Recherche, über Bedingungen filmischen Erzählens und dessen Grenzen, über die Rezeption und die Wirkung dieser Selbstverpflichtung für eine dienende und arme Kirche und nicht zuletzt über Armut weltweit und Übertragungsmöglichkeiten, -notwendigkeiten und -chancen. Mit aller Entschiedenheit wurde auf die Verantwortung des Einzelnen verwiesen, für Armut und Elend in jeglicher Gestalt offen zu sein: jeder ist dafür zuständig, was er wahrnehmen kann und will und wie er damit umgeht.



Am Samstagnachmittag habe ich zwei Werkstätten besucht: in der einen reizte mich der Name des Referenten, Hubertus Halbfas, in der anderen die Perspektive auf priesterlose Gottesdienste mit gemeinsamem Essen unter dem Motto „wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind, da bin ich mitten unter ihnen“.

Der Vortrag von Halbfas nahm Stellung zu der Verdunstung des Glaubens: er machte deutlich, dass es neben den vier Evangelien noch ein fünftes gebe, mit dem Paulus in seinen Briefen operiert. Auffällig

sei, dass Paulus trotz seiner Zeitgenossenschaft mit Jesusbrüdern und Jüngern sich ausschließlich auf sein Damaskus-Erlebnis beruft und die Botschaft Jesu auf die Auferstehung, den Sühnetod Jesu und seine Gehorsamsforderung zuspitzt, die Reichgottesbotschaft des lebenden Jesus jedoch ausblendet. Aus diesem Befund leitete Halbfas die These ab, dass Paulus an normativen Glaubenssätzen interessiert war, zumal er auch vor falschen Propheten warnt, und so verantwortlich ist für die zunehmende Abgrenzung innerhalb der Gemeindeentwicklung gegen Ketzerei und Häresie (falsche Glaubenslehren). Vor Paulus habe es in der frühen Kirche keine Glaubensstreitereien gegeben. Plakativ bezeichnet Halbfas die Jesu-Evangelien als Wahrheit durch Praxis, die Paulus-Botschaft dagegen als theologisches Lehrsystem, eine Drohbotschaft, die Kontrolle voraussetzt. Die Gottesbilder Paulus' und Jesu (vor allem in den Gleichnissen vom barmherzigen Vater, von der Ehebrecherin und vom Pharisäer und Zöllner) spiegeln einander ausschließende Theologien. Für Halbfas verdrängen die infolge der Paulus-Theologie verbreiteten Mythen über die Eucharistie, die Ämtersukzession und das Messopfer den Glauben der Gemeinden.

Die Diskussion darüber war von Zustimmung geprägt, allerdings war für mich auffällig, dass Halbfas auch plausible Einwände nicht gelten ließ und zum Teil recht arrogant wirkte.

Dass die normative Verfestigung der frühen Kirche auch mit der Erhebung zur Staatskirche durch Konstantin zusammenhängen könnte, ließ er nicht gelten.

Der verantwortliche Moderator des Freckenhorster Kreises, Hans Bernd Terbille ermutigte zu priesterlosen Eucharistie-Feiern, zu denen er auch viele Entwürfe vorstellte. So bewege sich Gemeinde auf urchristlichen Spuren: Vorsteher von Hausgemeinschaften hätten zu Mahlgemeinschaften eingeladen. Ämter und Aufgaben seien integriert, von den Gemeinden wertgeschätzt und gewählt worden. Erst 1000 Jahre später hätten sich Parallelgesellschaften entwickelt: die Würdevollen im Kontrast zu den Würdelosen. Man müsse solche Versuche auch und gerade wegen des Priestermangels unternehmen, meinte er; er sei seit 10 Jahren mit solchen Gottesdienstformen im Raum Münster und Osnabrück unterwegs

und habe noch keine Konflikte mit fundamentalistischen Priestern oder Bischöfen erlebt. Allerdings räumte er ein, er als Religionslehrer sei nicht von der Kirche finanziell abhängig; wie es im Fall eines Priesters oder Pastoralreferenten aussehe, könne er darum nicht sagen.



Ein absoluter Höhepunkt war die Eucharistiefeier im großen Saal des Gallus-Saalbaus. Die Gruppe Ruhama begleitete die Feier musikalisch, ein Kreis von Kirchenbürgern umgab den Tisch, auf den viele Gruppen ein Symbol deponiert hatten (für die weltweite Vernetzung eine Weltkarte, eine Friedenskerze, die Konzils-Briefe von Dom Helder Camara und viele andere), und zu denen jeweils klärende Erläuterungen gesprochen wurden. Besonders ergreifend war für mich, dass die gesamte Gemeinde aller anwesenden Teilnehmer die eigentlichen Wandlungsworte der Liturgie sprach, und dass auch Brot und Wein wirklich von Mensch zu Mensch, von Bruder zu Schwester und umgekehrt geteilt wurden, so dass ich an urchristliche Traditionen denken musste. Mit einem Hochgefühl der Begeisterung und spirituellen Erbauung, das noch in ganz vielen von uns nachwirkt, wurden wir in den Abend entlassen.

Der Sonntagvormittag war bestimmt durch vier Programmpunkte:

1. Teilnehmende Beobachter aus den Gruppen äußerten im Plenum ihre Eindrücke.
2. Die Abschlusserklärung wurde der Versammlung vorgelegt und nach reger, ja z.T. aufgeheizter Diskussion verabschiedet, wobei mancher wieder einmal die fatalen Folgen einer simplen Mehrheitsentscheidung bedauern mochte, weil die beschlossene Erklärung durchaus brisante Passagen enthält, über die die Mehrheit, aus welchen Gründen immer, hinwegging. (Text der verabschiedeten Erklärung im Anhang)
3. Grußworte aus Frauenbewegungen in Brasilien, aus dem Dialogprozess unter den Religionen, aus Ökonomie-Projekten und ein Brief von Johann Baptist Metz, der aus gesundheitlichen Gründen nicht persönlich anwesend war
4. Salbung und Aussendung der Teilnehmer: eine wundervolle dichte symbolische Zeremonie, die noch einmal die Verbindung zwischen Kontemplation und Kommunikation für jeden hautnah, spürbar und begreifbar machte.

Kees Kok als Vorsänger und Geert Hendrix als fantasievoll-improvisationsfroher Pianist brachten zwischendurch immer wieder die Ohrwürmer von Huub Osterhuis zur Geltung.

## Schlussdokument der Konziliaren Versammlung

### „Hoffen und Widerstehen!“

Botschaft der Konziliaren Versammlung, 18.-21. Oktober 2012 in Frankfurt

Das II. Vatikanische Konzil war der Anfang eines Anfangs: die katholische Kirche bricht auf in die moderne, plurale Welt – eine Welt, in der sich die Kluft zwischen Reichen und Armen immer mehr vergrößert. Sie entdeckt das Antlitz Jesu neu – in den Ängsten und Hoffnungen der Menschen, besonders der Armen und Bedrängten.

Das Konzil war auch die Zeit des Aufbruchs einer Kirche, die den Klerikalismus überwinden wollte. Die überkommenen kirchlichen Strukturen stehen jedoch nach wie vor einer glaubhaften Verkündigung im Wege.

50 Jahre danach setzen wir, Christinnen und Christen in Kirchengemeinden und Verbänden, kirchlichen Werken, Basis- und Reformgruppen diesen Weg fort: die Glut des konziliaren Aufbruchsfeuers neu freizulegen und zu entfachen. Als pilgerndes Volk Gottes in den Wirren und Konflikten unserer Tage eint uns der Wille, das Vermächtnis des Konzils und des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung heute zu leben, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und Alternativen zur neoliberalen Herrschaft von Kapital- und Gewinnsucht zu praktizieren.

Die Konziliare Versammlung zeigte, dass es viele christliche Gruppen und Initiativen gibt, die konkrete Schritte tun, um in unserer Welt ein menschenwürdiges und naturverträgliches Leben für alle zu ermöglichen. Sie widersetzen sich einem Denken und Handeln in Politik und Wirtschaft, das uns weismachen will, es gebe keine Alternative zur kapitalistischen Weltordnung. Die Gewissheit, dass eine andere Welt möglich ist, steht unserer Überzeugung nach in engster Verbindung mit der Reich-Gottes-Botschaft Jesu, die vom Konzil neu zu Bewusstsein gebracht wurde.

Diese andere Welt Gottes scheint dort zeichenhaft auf, wo Menschen das, was zu einem würdigen Leben notwendig ist, miteinander teilen.

Uns trägt die Verheißung Jesu eines „Lebens in Fülle“ (Joh 10,10) für alle. Eine andere, eine prophetische und diakonische Kirche ist nötig und möglich; eine andere Kirche, die Gleichstellung aller Geschlechter und Lebensformen, Partizipation und Dialog, radikale Demokratie und tiefe Schöpfungsverbundenheit verwirklicht!

Wir sind Volk Gottes im Geist des Konzils, wenn wir für ein Leben aller Menschen in Würde kämpfen und die Einheit des Lebens im gerechten Tun und im Beten proklamieren.

Wir sind Volk Gottes, wenn wir mit vielen suchenden Menschen weltweit, mit feministischen sozialen und politischen Menschenrechts- und Demokratiebewegungen verbunden sind. Darin sind die Lesben-, Schwulen-, Transgender- und Intergender-Bewegungen eingeschlossen.

Wir sind Volk Gottes, wenn wir die Heiligkeit der Erde als Gottes Schöpfung achten, sie bebauen und bewahren.

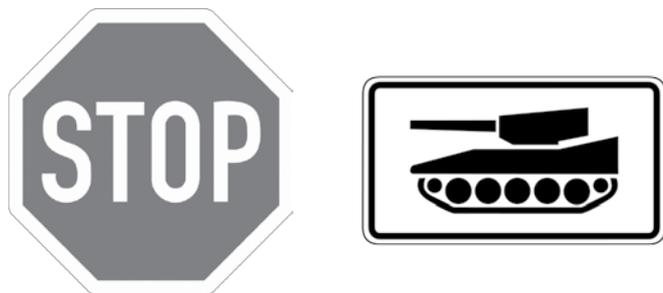
Wir sind ein Volk Gottes, wenn wir die konfessionelle, religiöse und kulturelle Vielfalt respektieren.

Die biblische Botschaft vom Gott des Lebens ist für uns Zu- und Anspruch: Anders Mensch sein in einer anderen Kirche für eine andere Welt.

Von diesen Überlegungen her bestimmen wir unser zukünftiges Handeln, insbesondere während der Jahre des Konzilsgedenkens 2012 -2015 und im Blick auf das 500-Jahr-Gedenken der Reformation 2017.

## PAX CHRISTI-FRAGEN AN DIE PARTEIEN

### Frage des Monats Juli / August



Pax Christi im Bistum Münster fragte:

*„Die Entscheidungen des Bundessicherheitsrates über Rüstungsexporte unterliegen der Geheimhaltung. Dadurch erfährt die Bevölkerung nichts über die Argumente und Entscheidungsgründe, nicht einmal alle Mitglieder des Bundestages. Damit würden nationale Sicherheitsinteressen gewahrt, heißt es.*

*Wir nehmen die allseitige Forderung nach Transparenz ernst und sehen zu einer parlamentarischen Kontrolle aller Rüstungslieferungen keine Alternative.*

*Wie wollen Sie die bisherigen Entscheidungsstrukturen und -wege demokratisieren?“*

Für die **CDU** antwortete Marc Würfel-Elberg im Namen des Arbeitskreises „Außen-, Sicherheitspolitik und Europa“ am 6. Juli 2012:

Eine Geheimhaltung für die Rüstungsexporte ist in Artikel 26 II Grundgesetz nicht vorgesehen. Die Exporte werden auch in den Rüstungsexportberichten aufgeführt, wenn sie erfolgt sind. Das trägt aber unserem Wunsch nach mehr Transparenz beim Rüstungsexport nicht ausreichend Rechnung.

Anstehende Rüstungsexporte sollten vor ihrer Genehmigung bekannt gemacht werden, damit im Falle des öffentlichen Interesses ein entsprechender Diskurs einsetzen kann, der auch von den im Bundestag vertretenen Parteien oder auch einzelnen Abgeordneten über die ihnen gegebenen Möglichkeiten (z.B. kleine/große Anfragen, Regierungsbefragungen, aktuelle Stunden) dann geführt werden kann, wodurch die Legislative ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive gerecht werden kann.

Die Öffentlichkeit könnte sich dann aufgrund der Positionen der Parteien bzw. der Regierung ihre Meinung diesbezüglich bilden und die Bürger dies bei ihrer nächsten Wahlentscheidung berücksichtigen.

Eine umfassende parlamentarische Kontrolle in Form einer konstitutiven Zustimmung durch den Bundestag sehen wir aufgrund von ca. 10.000 genehmigungspflichtigen Rüstungsexporten im Jahr als unpraktikabel an und widerspräche auch Art. 26 II GG, wonach die Bundesregierung (bzw. von ihr beauftragte Behörden, deren Leistungen der Bundestag aus Kapazitätsgründen wohl nicht ersetzen könnte) die Genehmigung erteilt.

Für die **Piraten** (erstmalig in die Aktion einbezogen) antwortete Sebastian Kroos, Parteivorsitzender in Münster, am 12. August 2012:

Diese Frage hat anlässlich aktueller Ereignisse auch in der Piratenpartei Einiges in Bewegung gebracht. Wir bitten allerdings um Verständnis dafür, dass der Kreisverband Münster keine Aussagen über Außen- und Sicherheitspolitik im Namen der Bundespartei treffen wird, zumal diese Themen voraussichtlich erst auf dem Programmparteitag zur Bundestagswahl 2013 behandelt werden. Wir können allerdings versuchen, Ihnen den Diskussionsstand in der Partei darzustellen, indem wir Sie auf die Liquid Feedback Initiative #1980 „Transparenz im Verteidigungsausschuss“ im Bereich „Außen, Internationales, Frieden“ hinweisen. <https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3519.html>. Dieser oder ein ähnlicher Antrag könnte im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 Eingang finden.

Darüber hinaus macht die Partei auf Partizipationsmöglichkeiten bei der politischen Willensbildung allgemein aufmerksam:

Die Piratenpartei Münster möchte Sie auf die prinzipielle Offenheit unserer Arbeitsgruppen aufmerksam machen. Wenn Pax Christi Vorschläge für die Demokratisierung der Entscheidungen über Rüstungsexporte hat, so steht die Untergruppe Verteidigung der AG Außenpolitik auch Menschen offen, die nicht Parteimitglied sind.

Für die **Grünen** antworteten Winfried Nachtwei (ehemals MdB) und Carsten Peters, Ratsherr in Münster, am 18. August 2012:

Die Geheimhaltung um Rüstungsexporte ist einmalig extrem: Während es zu Geheimdiensten und militärischen Geheimeinsätzen über spezielle Gremien gewisse parlamentarische Einblicks- und Kontrollmöglichkeiten gibt, während befugte Abgeordnete des Verteidigungsausschusses Geheimunterlagen in der Geheimschutzstelle des Bundestages einsehen können, gibt es solche Möglichkeiten in Sachen Rüstungsexporte alle nicht. Die nachträgliche Unterrichtung durch den Rüstungsexportbericht fast ein Jahr später erlaubt Bewertung im Nachhinein, aber keine Kontrolle. Rüstungsexporte sind Sperrgebiet für parlamentarische Demokratie! Dies geht einher mit einer beispiellosen und antiparlamentarischen Arroganz, auf die das zuständige Wirtschaftsministerium seit Jahren auf Fragen von Parlamentariern antwortet. Das hat Winni N. immer wieder als abrüstungspolitischer Sprecher unserer Fraktion erlebt. Die zuständigen KollegInnen von Union, FDP, auch SPD haben dem über viele Jahre Vorschub geleistet, indem sie das durchgehen ließen. Umso erfreulicher ist, dass jetzt auch aus der Union Transparenz gefordert wird. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat seit vielen Jahren und konkret Transparenz bei Rüstungsexporten gefordert, z.B. 2002 in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD. In dem jüngsten Fraktionsantrag „Rüstungsexporte kontrollieren – Frieden sichern und Menschenrechte wahren“ vom 25.2.2012 werden folgende Schritte gefordert:

- Die Rüstungsexportberichte der Bundesregierung an den Bundestag sollen vierteljährlich bis spätestens zum nächsten Quartalsende erfolgen. Inhalte und Schwerpunkte sind gesetzlich zu regeln.
- Der Bundestag wird vor einer beabsichtigten Rüstungsexportgenehmigung bei besonders sensible Exporten (z.B. Kriegswaffen in Dritt-

staaten) unterrichtet und erhält die Möglichkeit zur Stellungnahme. Hierfür wird ein fachpolitisches Gremium eingerichtet.

- Die Geheimhaltung von Entscheidungen über Rüstungsexporte ist abzuschaffen. Ist eine Genehmigung abschließend erteilt, muss diese stets bekannt gegeben und begründet werden.

Das Beispiel vieler anderer Exportnationen zeigt, dass eine solche Transparenz und parlamentarische Kontrolle auch machbar und sinnvoll ist.

Für die **Linke** antwortete Benjamin Körner am 20. August 2012:

Auch wenn Rüstungsexporte einem transparenten Verfahren mit Beteiligung des Bundestages unterliegen würden, wären die exportierten Waffen und Rüstungsgüter nicht weniger tödlich. Trotzdem fordert DIE LINKE, dass alle Rüstungsexporte vor ihrer Genehmigung veröffentlicht werden. Mehr parlamentarische Kontrollrechte wären natürlich zu begrüßen, eine wirkliche Alternative sind sie aber nicht. Die Alternative wäre ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten.

Auch bei einem transparenten Genehmigungsverfahren in Deutschland kann nicht sichergestellt werden, was nach dem Export im Ausland passiert. Dies zeigt auch eine Kleine Anfrage der LINKEN, auf die die Bundesregierung im Juli 2012 geantwortet hat: Die Bundeswehr muss in Afghanistan auch gegen deutsche Waffen kämpfen. Seit 2009 haben ISAF-Truppen bei Kämpfen mit den Aufständischen unter anderem Maschinenpistolen, ein Maschinengewehr, ein Sturmgewehr G3 und einen Mörser aus deutscher Produktion erbeutet. Wenn sie erst einmal exportiert sind, werden deutsche Waffen offenbar beliebig weitergereicht, bis dahin, dass sie jetzt in Afghanistan gegen deutsche Soldaten gerichtet werden. Dies zeigt einmal mehr, dass die Kontrolle von Waffenexporten überhaupt nicht funktioniert. Wenn die Waffen einmal exportiert sind, ist die Verbreitung deutscher Waffentechnologie nicht mehr zu stoppen. Deshalb tauchen deutsche Waffen in nahezu allen Kriegsgebieten der Gegenwart auf: in Somalia, Darfur, Georgien oder in Libyen.

**Für die SPD** antwortete am 31.8.2012 Christoph Strässer, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag:

Es vergeht kaum eine Woche, in der keine neuen Rüstungsexportvorhaben der Bundesregierung ans Licht kommen. Offenbar plant die Bundesregierung die geltenden Exportbedingungen zu lockern. Damit dürfte die Selbstbeschränkung, die Deutschland sich vor über zwölf Jahren mit den Rüstungsexportrichtlinien selbst auferlegt hatte, endgültig aufgeweicht werden.

Mit der geplanten Reform soll das Außenwirtschaftsrechts in der Europäischen Union harmonisiert werden und „faire Wettbewerbsbedingungen in Europa“ im Bereich des Rüstungsexports geschaffen werden.

Nach unserer Auffassung brauchen wir aber keine Lockerung und Vereinfachung der Rüstungsexportregeln. Wir brauchen mehr Transparenz- und Kontrollmöglichkeiten für den Deutschen Bundestag. Dies zeigen auch die jüngsten Debatten über mögliche Panzerlieferungen an Saudi-Arabien und Indonesien.

Es muss klar und verbindlich festgelegt werden, wer, was und wohin exportieren darf. Und noch deutlicher muss geregelt werden, was dann in den Empfängerstaaten mit den exportierten Rüstungsgütern passieren darf und zu welchem Zweck sie dorthin verbracht wurden.

Es dürfen auch keine Lizenzen zur Produktion von Waffen an Drittstaaten gegeben werden, die den Endverbleib nicht zweifelsfrei dokumentieren können. Dementsprechend setzen wir uns für eine strenge und restriktive Genehmigungspraxis bei Rüstungsexporten ein. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, den Rüstungsexportbericht in Zukunft spätestens drei Monate nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres zu veröffentlichen. Das Parlament muss in angemessener Form an solch wichtigen Entscheidungen beteiligt werden.

Derzeit fehlt es an angemessenen parlamentarischen Beteiligungsrechten und Transparenz, die der Bedeutung und Brisanz entsprechender Entscheidungen angemessen wäre. Dies muss schnellstmöglich und nach Kräften geändert werden; jeder einzelne Abgeordnete steht in der Verantwortung und muss über sein Verhalten Rechenschaft ablegen!

## Frage des Monats September

Pax Christi im Bistum Münster fragte:

*„Mit den Sturmgewehren G3 und G36 und den Maschinenpistolen MP5 und MP7 aus deutscher Produktion werden weltweit massenhaft Menschen getötet. Nach Berechnungen der DfG/VK (Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner) sind mehr als 1,6 Millionen Menschen allein mit Waffen der Firma Heckler & Koch aus Oberndorf erschossen worden. Die Tendenz steigt. Solche Kleinwaffen, die auch von Kindersoldaten gehandhabt werden können, gelangen leicht in Krisenregionen. Sogar Staaten, die Menschenrechte verletzen, erhalten Lizenzen für die Produktion.*

**Wir meinen:** *Nur ein vollständiger Stopp von Kleinwaffenexporten an Drittstaaten würde der Verantwortung der Bundesregierung für den Schutz der Menschenrechte und der Förderung des Friedens gerecht. Aussagen wie: ‚Wenn wir nicht liefern, tun es andere‘, sind ein ethisches Armutszeugnis.*

**Wir fragen Sie:** *Unterstützt Ihre Partei Initiativen zu einem Exportverbot für Kleinwaffen? Auf welche Länder und wie sollten Lizenzvergaben beschränkt werden?“*

Für die **SPD** antwortete Christoph Strässer am 26.9.2012:

(...) Die SPD-Bundestagsfraktion weiß um die zerstörerische Gewalt von Kleinwaffen und fordert daher größere Transparenz und parlamentarische Kontrolle über deutsche Rüstungsexporte, da Rüstungsgüter nicht in die Hände von Staaten gelangen dürfen, die diese für Verstöße gegen die Menschenrechte und gegen das humanitäre Völkerrecht einsetzen.

Da sich die Bundesregierung derzeit auf Geheimhaltungsmöglichkeiten beruft, erfahren das Parlament und die Öffentlichkeit erst bis zu zwei Jahre später – mit der Vorlage des Rüstungsexportberichts – über entsprechende Exporte. Für eine zentrale Überprüfung der Einhaltung der Rüs-

tungsexportrichtlinien ist es dann zu spät. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert daher den Stopp dieser menschenrechtlich und außenpolitisch inakzeptablen Praxis. Dafür muss das Parlament mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten ausgestattet werden. Dazu wird es im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie eine öffentliche Anhörung am 5. November 2012 geben.

Außerdem verhandelt die Weltgemeinschaft seit Jahren über einen Handelsvertrag für konventionelle Waffen. Dieser Prozess sollte im Juli 2012 als Arms Trade Treaty (ATT) zum Abschluss kommen. Im Juni riefen SPD und Grüne daher in einem gemeinsamen Antrag (siehe Bundestagsdrucksache 17/9927 „Für einen wirkungsvollen UN-Waffenhandelsvertrag“ ...) die Bundesregierung dazu auf, sich bei diesen Verhandlungen für einen möglichst hohen Standard des Vertrages einzusetzen: So soll der Vertrag auch Klein- und Leichtwaffen einschließlich der Munition mit berücksichtigen. In dem Antrag wurde die Bundesregierung weiterhin dazu aufgefordert, auf eine verpflichtende Berichterstattung über Rüstungsgüterimporte und -exporte zu drängen. Denn nur eine detaillierte Berichtspflicht über Waffenlieferungen jeder Art führt dazu, dass illegaler Waffenhandel zwischen Staaten verhindert und intransparenter Waffenhandel effektiv reguliert werden kann. Weiterhin gehört eine so genannte „Goldene Regel“ in den ATT aufgenommen, die sowohl die Beachtung der Menschenrechtslage als auch die sozio-ökonomischen Entwicklungen im Empfängerstaat berücksichtigt. (...)  
(leicht gekürzt von Veronika Hüning)

Für die **Grünen** antwortete Winfried Nachtwei am 29.9.2012:

(...) Als 2003 bekannt wurde, dass die rot-grüne Regierung den Export von Kleinwaffen an Saudi-Arabien genehmigt hatte, habe ich das als abrüstungspolitischer Sprecher im Namen der GRÜNEN Fraktion im Bundestag deutlich als Verstoß gegen die Rüstungsexportrichtlinien kritisiert. Angesichts der völligen Abschottung der Rüstungsexportpolitik blieb die Kritik ohne erkennbare Wirkung. 2006 forderten wir in dem Antrag „Waffen unter Kontrolle – Für eine umfassende Begrenzung und Kontrolle des Handels mit Kleinwaffen und Munition“ den „Export von Kleinwaffen, Munition und diesbezüglicher Technologie und

Herstellungsanlagen“ in Drittstaaten grundsätzlich zu verbieten und „gegenüber Bündnispartnern dafür zu sorgen, dass die deutschen (Zu-) Lieferungen nicht reexportiert werden und freigesetzte Überschusswaffen vernichtet werden.“ Seit Jahren war offenkundig, dass einmal vergebene Lizenzen zur Waffenherstellung nicht mehr zu kontrollieren waren. (Der Iran produziert noch heute Waffen der deutschen Firma HECKLER & KOCH!) Der Antrag wurde damals von einer ganz Großen Koalition unter Einschluss der FDP abgelehnt.

Unsere 2007/2008 wiederholten schriftlichen Fragen an das Wirtschaftsministerium zur deutschen Lizenzpolitik und zur Lizenzproduktion des G3 wurden in einer Weise beantwortet, dass (...) die Vorsitzende des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“, die SPD-Kollegin Uta Zapf, im Oktober 2008 *gegenüber Minister Glos eine „Verachtung des Parlaments, die nicht hinzunehmen ist“, beklagte* (redaktionell leicht verändert von Veronika Hüning).

In ihrem Antrag „Rüstungsexporte kontrollieren – Frieden sichern und Menschenrechte wahren“ vom 25.4.2012 fordert die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen: „die Vergabe von Lizenzen zur Produktion von Kriegswaffen (wie z.B. Anlagen zur Produktion von Kleinwaffen und Munition) an Drittstaaten wird untersagt.“ Rüstungsexporte „in Länder, in denen die Regierungen für erhebliche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, darf es generell nicht geben.“ Die Grünen unterstützen Initiativen zu einem Exportverbot von Kleinwaffen in Drittstaaten. Meiner Meinung nach wären allein auszunehmen dort stationierte UNO-Kontingente.

Für die **CDU** antwortete Marc Würfel-Elberg am 30.9.2012:

Die Vergabe von Lizenzen und ein Export von Kleinwaffen soll entsprechend der geltenden Rüstungsexportbestimmungen stattfinden, wobei wir eine Ergänzung um die bereits in vorangegangenen Antworten erläuterte Transparenz vor Exportgenehmigung fordern, sodass das Parlament seine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive wahrnehmen kann.

Lieferungen an Drittstaaten sowie Lizenzvergaben sind genau zu prüfen, denn es muss sichergestellt werden, dass Waffen nicht in Krisengebiete

geliefert werden, wo sie dann in falsche Hände gelangen könnten und dort die Lage noch verschlimmern. Ausgenommen sollen solche Staaten/Krisengebiete sein, in denen es darum geht, von der internationalen Gemeinschaft unterstützte Regierungen und unsere Partnerländer gegen Angriffe zu verteidigen – u.a. in Afghanistan, wo z.B. eine Ausrüstung der neuen Sicherheitskräfte durchaus in Betracht kommt.

Um zu verhindern, dass Waffen aus Lizenznehmer-Ländern weiter verkauft werden, sollen die vorgesehenen Endnutzungsvereinbarungen wirksam überprüft werden.

Zur Einschränkung schlagen wir vor, diese Überprüfungen durch das Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw) durchführen zu lassen und die Verträge entsprechend auszugestalten.

Das ZVBw verfügt über langjährige Erfahrungen im Bereich der Rüstungskontrolle und ist von Rüstungsunternehmen unabhängig. Bei Verstößen ist ein sofortiger Lizenzentzug vorzusehen.

## Frage des Monats Oktober

Pax Christi im Bistum Münster fragte:

*„Deutsche Kleinwaffenproduzenten verdienen am hunderttausendfachen Tod von Menschen in der ganzen Welt, allen voran Hecker & Koch.“*

*Wir meinen: Firmen wie Heckler & Koch sind nicht nur für die ‘Qualität’ ihrer Produkte verantwortlich, sondern auch mitverantwortlich für das, was mit diesen Waffen auf der ganzen Welt passiert. Die Firma sollte mit allen politischen Mitteln zur Umstellung auf rein zivile Güter veranlasst werden, z.B. aus dem Bereich der Medizin- oder Umwelttechnik.*

*Wir fragen Sie: Unter welchen Umständen würde Ihre Partei Heckler & Koch die Produktionsgenehmigung für Waffen entziehen? Wie sollten Anreize für Kleinwaffenproduzenten zur Konversion aussehen?“*

Am 21.10.2012 antwortete Marc Würfel-Elberg, **CDU**:

Wir bedauern, dass Kleinwaffen in falsche Hände geraten und zu illegitimen Handlungen eingesetzt werden. Die Lösung dieses Problems liegt in einer effektiven Umsetzung einer restriktiven Rüstungsexportpolitik, wie wir dies bereits in den vorangegangenen Monaten skizziert haben. Menschen haben einander leider immer wieder umgebracht – und wie die Geschichte zeigt – auch ohne Handfeuerwaffen. Landwirtschaftliche Werkzeuge wie z.B. Macheten wurden noch 1994 beim Völkermord in Ruanda eingesetzt und über ein Drittel der Opfer wurden mit diesen Werkzeugen auf bestialische Weise getötet.

Rüstungsunternehmen verdienen zwar am Verkauf von Waffen, aber nicht am Tod von Menschen. Deshalb ist es vor allem wichtig, die Spirale der Gewalt in Krisengebieten zu durchbrechen, Kinder zur Schule zu schicken, Milizen zu entwaffnen und staatliche Strukturen aufzubauen – zu denen auch Sicherheitskräfte gehören.

Legitime Sicherheitskräfte im In- und Ausland können von Kleinwaffenproduzenten entsprechend der geltenden Rüstungsexportvorschriften und Produktionsrichtlinien beliefert werden. Heckler & Koch z.B. rüstet auch unsere deutsche Bundeswehr aus. Ein Entzug der Produktionsgenehmigung käme nach unserer Auffassung nur in Betracht, wenn gegen die geltenden Rüstungsexportbestimmungen nachweislich verstoßen würde oder die Produkte aufgrund von Qualitätsmängeln die Sicherheit unserer Soldaten gefährden würden.

Würde man unsere deutschen Rüstungsunternehmen dazu veranlassen, ihre Produktion auf andere Güter umzustellen, müssten wir Rüstungsgüter aus dem Ausland importieren und darüber hinaus würden wir unsere Technologieführerschaft in vielen Bereichen der Rüstung aufgeben. Das halten wir für abwegig und für die Sicherheit Deutschlands und seiner Partner nicht förderlich.

Am 25.10.2012 antwortete Christoph Strässer, **SPD**:

Mit zwei konkreten Anträgen hat sich die SPD-Bundestagsfraktion in den vergangenen Monaten um die Regulierung des Kleinwaffenhandels sowie

um eine größere Transparenz und weitgreifende Beteiligungsrechte des deutschen Parlaments bei Rüstungsexporten bemüht. Ich bin überzeugt, dass das Parlament das Recht und die Pflicht hat, sich bei einem solch sensiblen Thema einzumischen und entsprechende Prozesse aufmerksam zu verfolgen. Gleichzeitig wollen wir so versuchen, die derzeit ausufernden Rüstungsexporte stärker zu reglementieren.

Da es in den letzten Jahren zu einer zunehmenden Privatisierung im Bereich von militärischen und sicherheitspolitischen Gütern und Leistungen gekommen ist, gilt es diesen auch verstärkt zu beobachten. So wollen wir, basierend auf den Normen und Werten des Montreux-Dokuments, eine Registrierungs- und Mitteilungspflicht für die in Deutschland ansässigen privaten Sicherheitsfirmen und Militärdienstleister und ihre ausländischen Vertragsabschlüsse einführen. Weiterhin sollten die Tätigkeiten dieser Unternehmen in die Systematik der Rüstungsexportkontrollen integriert werden. So könnten auch Firmen wie Heckler & Koch stärker kontrolliert werden. Derzeit üben Rüstungsfirmen ihre Tätigkeiten oft mehr oder minder unbeobachtet aus; eine entsprechende Kontrolle und Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit fehlt. Dies wäre ein wichtiger Ansatzpunkt. Denn wenn Firmen verpflichtet würden, ihre Tätigkeiten und ihren Handel mit militärischen und sicherheitsrelevanten Gütern und/oder Dienstleistungen offen zu legen, könnte auch mehr Druck auf die Firmen ausgeübt werden. Einen Entzug von Produktionsgenehmigungen und/oder Verpflichtungen zur Produktion bestimmter Güter mittels politischer Maßnahmen erscheint mir nicht möglich.

Durch eine stärkere Kontrolle bei Rüstungsexporten und eine höchstmögliche Transparenz bei derartigen Geschäften kann und muss vermieden werden, dass deutsche Firmen direkt und indirekt an dem Leid, welches durch Kleinwaffen angerichtet wird, beteiligt sind und sogar Geld daran verdienen. Von einer aufmerksamen, kritischen Öffentlichkeit und einem kontrollierenden Parlamentsgremium erhoffe ich mir viel.

Am 31.10.2012 antwortete Winfried Nachtwei, **GRÜNE**:

Bis 2003 wurden 7-10 Millionen Heckler&Koch-Schnellfeuergewehre G3 produziert (von der Kalaschnikow 70-100 Mio.). H&K-Kleinwaffen

wurden und werden von Polizeien und anderen Sicherheitskräften in mehr als 90 Ländern und in vielen Krisen- und Kriegsgebieten eingesetzt. Zum Beispiel im ersten Golfkrieg auf Seiten des Iran, im zweiten Golfkrieg auf Seiten Saudi-Arabiens und Pakistans, in der Türkei 1984 - 1999, in portugiesischen Kolonialkriegen, in Birma, Philippinen, Indonesien, Sudan, Tschad, Südafrika u.a. Die Massenvernichtungswirkung von H&K-Kleinwaffen wurde ermöglicht durch extensive G3-Ausfuhrgenehmigungen an über 80 Staaten (bis 1988) und die hemmungslose Vergabe von Lizenzen an insgesamt 16 Staaten in den 60er und 70er Jahren – darunter Portugal, an Pakistan, Iran, Türkei, Saudi-Arabien, Thailand, Brasilien, Mexiko etc. Die Hauptverantwortung dafür tragen in erster Linie die damaligen Kanzler von Adenauer bis Schmidt, Verteidigungsminister von Strauß bis Apel und Wirtschaftsminister von Lamsdorff bis Rexrodt. Die Nachfolgeregierungen ließen die laufenden Lizenzproduktionen ungeschoren. Die reale Rüstungsexportpolitik gerade zu den Kleinwaffen gehört zu den Großskandalen der bundesdeutschen Geschichte.

Richtig ist, dass H&K mitverantwortlich dafür ist, ob die produzierten Waffen an verlässlich-rechtsstaatliche Sicherheitskräfte gehen oder Öl ins Feuer von Gewaltkonflikten und Menschenrechtsverletzungen sind. Unbestreitbar ist aber auch, dass deutsche Sicherheitskräfte nicht auf Kleinwaffen verzichten können. Eine Einstellung der Kleinwaffenproduktion von H&K wäre notwendig bei massiven Gesetzesverstößen. Solange die nicht nachweisbar sind, sind Herstellung von Transparenz, verschärfte Exportrichtlinien (darunter Verbot der Lizenzvergabe an Drittstaaten) und Abbau europäischer Überkapazitäten die dringlichsten politischen Schritte. Überfällig wäre jetzt eine parlamentarische Untersuchung zur Kleinwaffenexportpolitik. Sie könnte Licht ins Dunkle bringen und politischen Druck aufbauen. Möglichkeiten der Konversion können seriös am besten von Insidern der entsprechenden Produktionsfelder beurteilt werden, ggf. in Kooperation mit Arbeitskreisen der IG Metall. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte sind ermutigend.

(leicht gekürzt auf 30 Zeilen)

Hermann Flothkötter

## Buchrezension

Das Eigentliche. Iris Hanika. Roman.  
Literaturverlag Droschl (ohne Jahrgangsangabe) 175 Seiten

In diesem äußerst lesenswerten Roman gibt es mindestens vier verschiedene Schwerpunkte, die „Das Eigentliche“ kennzeichnen.

- Das Leiden an der Nazivergangenheit.
- Begegnung der Geschlechter.
- Das Unglücklichsein.
- Die Verharmlosung des Gedenkens und „Professionalisierung“ einer oberflächlichen „Erinnerungskultur“.

Iris Hanika, 2006 mit dem Hans-Fallada-Preis ausgezeichnet, versteht es ihre Romanfiguren Hans Frambach und seine einzige Freundin Graziela uns so vor Augen zu führen, Handlungsstränge, Beziehungsebenen, Vergangenheit und Gegenwart so zu verweben, dass es ein literarisches und inspirierendes Buch für den Leser/die Leserin der mittleren und älteren Generation wird.

Als Archivar im „Institut für Vergangenheitsbewirtschaftung“ (!) beschäftigt sich Frambach Tag für Tag mit jüdischen Nachlässen der Nazizeit, ordnet, dokumentiert und archiviert. Die sich daraus ergebenden quälenden Fragen erdrücken ihn, machen ihn depressiv und „unglücklich“. Nur mit einem Menschen – Graziela - kann er zumindest zeitweise seine Fassungslosigkeit und sein Leiden über diese dunkle Vergangenheit teilen. Diese beiden introvertierten, unglücklichen Menschen müssen auf dem Hintergrund ihres Wissens jeden Tag neu das Leben „gewinnen“. Die Nazizeit hinterlässt bis heute unauslöschliche Spuren, die trotz aller „Erinnerungskultur“ Menschen verzweifeln lassen und in tiefe menschliche Abgründe führen.

Es lohnt sich, diesen Roman auf der Folie der eigenen Biographie zu lesen. Er fordert geradezu heraus, ist nicht leicht verdaulich, komplex, aber persönlicher Erkenntnisgewinn ist garantiert.

---

## TERMINE

---

*Samstag, 12. Januar 2013, 16:00 Uhr - Friedensgottesdienst*

---

Den Friedensgottesdienst zum Jahresanfang in der Gastkirche zu Recklinghausen (Heilig-Geist-Straße) leitet **Pfr. em. Ferdinand Kerstiens**.

Anschließend sitzen wir noch gemütlich beisammen – bei mitgebrachten Leckereien

---

*Samstag, 19. Januar 2013, 09:30 Uhr – Studientag Region östliches Münsterland*

---

PAX CHRISTI-Studientag der Region östliches Münsterland 2013 in der Landvolkshochschule Freckenhorst

Zu einem nach wie vor aktuellen Thema:

„**Gott hat nicht nur starke Söhne**“ (geweihte Männer)

referiert eine Vorkämpferin für die Rechte der Frauen: Dr. Magdalena Bußmann aus Essen

Anmeldungen in der Landvolkshochschule Freckenhorst

---

*Samstag, 26.01.2013, 09:30 Uhr - Studientag Region Niederrhein*

---

Ein spannendes Porträt des Konzils- und Friedenspapstes

**JOHANNES XXIII.**

zeichnet der *Friedensarbeiter Ernst Dertmann* Er wird zudem den Verlauf des Zweiten Vatikanischen Konzils aufzeigen und gemeinsam mit der *Geistlichen Beirätin Veronika Hüning* wichtige Beschlüsse des Konzils darstellen (u.a. Nostra aetate, Gaudium et spes) und mit den Teilnehmenden diskutieren.

---

*Sonntag, 27. Januar 2013, 16 Uhr Rathaus Vreden*

---

In diesem Jahr wird der Auschwitzgedenktag wiederum im Großen Sitzungssaal des Rathauses zu Vreden begangen. Dazu laden ein:

PAX CHRISTI im Bistum Münster, die Kirchengemeinden, das Gymnasium Vreden, die Stadt Vreden.

Diesmal werden Texte und Gedichte von Auschwitzüberlebenden vorgetragen, unterbrochen von musikalischen Beiträgen zweier Schülerinnen und

---

*Evtl. Montag, 18. Februar 2013, 16:00 Uhr – Freitag, 22.02.2013 Rheine-Bentlage*

---

**Exerzitien (mit Schweigen)**

Erstmals lädt die PAX CHRISTI-Bistumsstelle Münster zu Exerzitien (mit Schweigen) ein. Die Exerzitien leitet Pfr. em. BERNHARD LÜBBERING (Recklinghausen)

Die Zahl der Teilnehmenden ist auf 20 begrenzt.

Ort: Gertrudenstift Rheine-Bentlage

---

*Freitag, 22.02.2013, 17:00 - 21:00 Uhr*

---

PAX CHRISTI im Bistum Münster, Diözesancaritasverband und Referat Seelsorge für Katholiken anderer Muttersprachen im Bischöflichen Generalvikariat laden ein zum

**Studientag zur Flüchtlingsarbeit 2013**

Das Thema kreist um Fragen: Zum einen Friedensnobelpreisträger Europäische Union und zum anderen ihre winterkalte Politik gegen Flüchtlinge. Als sehr kompetenter Referent konnte **KARL KOPP von pro asyl** gewonnen werden

Veranstaltungsort: Liudgerhaus Münster (benachbart zur Überwasserkirche)

Es wird ein Kostenbeitrag von 10 € erhoben (Imbiss und Referentenkosten), die Teilnahme soll aber nicht daran scheitern.

Anmeldungen bei Frau Wegmann-Sandkamp (Tel. 0251 8901-311) oder Mail: [wegmann-sandkamp@caritas-muenster.de](mailto:wegmann-sandkamp@caritas-muenster.de)

oder in unserem Büro

---

*Sonntag, 24.2.2013, 12.00-15.00 Uhr*

Pax Christi Duisburg-Rheinhausen, KAB und CAJ laden ein zu einem Studientag „Das II. Vatikanische Konzil - welche Fortschritte brachte es und welche Rückschritte gab es danach?“

Leitung: Norbert Fabian

Ort: Pfarrzentrum Christus-König, Lange Str. 2, Duisburg-Rheinhausen

---

*15. bis 17. März 2013 – Bistumsstellentreffen*

Das Bistumsstellentreffen findet im Jahr 2013 in Stuttgart statt.

---

*22.-23. März 2013 – Studientage im Franz-Hitze-Haus*

Die Akademie Franz-Hitze-Haus zu Münster veranstaltet gemeinsam mit PAX CHRISTI im Bistum Münster ein Seminar zur Friedenszyklika „Pacem in terris“ (1963) vom großen Friedens- und Konzilspapst Johannes XXIII.

Anmeldungen in der Akademie Franz-Hitze-Haus, Münster

---

*Evtl. Mo, 1. April – Fr, 5. April 2013*

**PAX CHRISTI-Fahrt: auf den Spuren des Reformators Martin Luther** mit Ökumene-Reisen

Stationen unter anderem (**Eisenach, Erfurt, Torgau, Wittenberg, Eisleben**)

---

**GEDANKEN**

---

**GEDANKEN**

---

**GEDANKEN**

## ***Lothar Zenetti***

Was keiner wagt, das sollt ihr wagen.

Was keiner sagt, das sagt heraus.

Was keiner denkt, das wagt zu denken.

Was keiner anfängt, das führt aus.

Wenn keiner ja sagt, sollt ihr's sagen.

Wenn keiner nein sagt, sagt doch nein.

Wenn alle zweifeln, wagt zu glauben.

Wenn alle mittun, steht allein.

Wo alle loben, habt Bedenken.

Wo alle spotten, spottet nicht.

Wo alle geizen, wagt zu schenken.

Wo alles dunkel ist, macht Licht.